



Bezugspreis für den Monat Oktober in Breslau und in der Provinz bei unseren Agenturen durch eigene Wollen für ins Gesamt 200 Mt., wöchentlich 60 Mt., bei Abholung von den Niederlieferungen und Agenturen 245 Mt., wöchentlich 65 Mt.; bei Abholung von den Geschäftsstellen in Breslau 240 Mt., wöchentlich 67 Mt. Bei der Post 250 Mt.

Breslau, Mittwoch, 11. Oktober 1922

Einrückungsgebühr für den 1. Spalt, Raum in Millimeterhöhe (1 Zeile ist 2 1/2 mm hoch) 16,00 Mt. (Abendblatt 18,00 Mt.), bei Anzeigen a. Schäften u. Posen 12,00 u. 14,00 Mt. In der Morgenausgabe Stellungsgebühr 6,50 Mt., Familienanzeigen (nur Anzeig. u. mehrspaltig), die zweispaltige Millimeterhöhe 0,50 Mt., Nachrufe 12,00 Mt. Anzeigen an bevorzugter Stelle (3 Spaltig) 75 00 Mt., Schäften u. Posen 60,00 Mt.

Korrespondenten: Dr. Richard Schmitt, Fernsprecher der Redaktion Ring Nr. 2081, 2722 und 540 (letzte nur für den Stadtverkehr), der Handelsredaktion Ring Nr. 4418, Geschäftsstellen: Breslau 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100. Bei Eindrücken durch höhere Gewalt, Streik, Auslieferung u. dgl. können Ersatzansprüche nicht berücksichtigt werden.

Koalitionsschmalmeien.

Den bürgerlichen Teilnehmern an der Regierungskoalition im Reich, Zentrum und Demokraten, wird, je näher der Termin des Wiederzusammentritts des Reichstages und damit die praktische Auswirkung der sozialdemokratischen Einigung rückt, immer unbeschämter zu Mute. Man will also wieder einmal „die Basis verbreitern“. Besonders das Zentrum fühlt sich bedrückt. „Es ist ein unnatürlicher Zustand, den wir auf die Dauer nicht aufrechterhalten können“, so flagt die „Germania“, „daß die Zahl der bürgerlichen Abgeordneten außerhalb der Regierungskoalition größer ist als die, die ihr angehören.“ Man mag einstweilen allerdings die roten Regierungsgenossen in der Reichsleitung noch nicht direkt bestimmen, darum werden die innerpolitischen Bedenken des Zentrums für die Zukunft zunächst noch beiseite auf dem Umwege über Beschwerden gegen einzelstaatliche rote Experimente vorgebracht. „Eingelagerte sozialistische Länderregierungen, wie die von Thüringen und Sachsen, haben auf kulturellem Gebiet eine Wirksamkeit entfaltet, die in unseren Kreisen draußen im Lande wachsende Benutzungen hervorgerufen hat. Man legt sich zweifelnd die Frage vor, wie ein verstärkter sozialdemokratischer Einfluß im Reich nach dieser Richtung hin sich auswirken wird.“ Um die roten Genossen bei guter Laune zu erhalten und sie für die künftigen Auseinandersetzungen milde zu stimmen, scheint man auch in der Reichspräsidentenfrage klein beigeben zu wollen. Reichskanzler Dr. Wirth soll nach einer Meldung der Telegraphen-Union in einer Urlaubsbesprechung mit den Vertretern der Koalitionsparteien in Konstantz eine Front für Ebert zusammengebracht haben.

Zimmerhin erscheint dem Zentrum „aus zwingenden Gründen der Gegenwartspolitik“ die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft notwendig. Freilich, und das wird mit einer Verbeugung nach der sozialdemokratischen Seite hin von neuem ausdrücklich hervorgehoben, „keine Kampf- oder Gesinnungsgemeinschaft“, etwa ein Bürgerblock, der „in eine jede erprießliche Tätigkeit hemmende feindliche Haltung gegen die linke Seite des Reichstages geraten müßte.“ Darum verlangt die „Germania“ auch von der Deutschen Volkspartei, an die sich die linken Töne der Koalitionsschmalmeien wenden, so etwas wie Garantien, „daß sie sich von einem Minderheitsklub nicht etwa in eine Richtung drängen läßt, die aus der Partei schließlich eine Filiale der Deutschnationalen Volkspartei machen will.“ Die „Germania“ will also nur eine bürgerliche Arbeitsgemeinschaft von Stresemann bis Petersen unter Ausschluß der Deutschnationalen. Sie will diese Arbeitsgemeinschaft, was sehr bezeichnend ist, hauptsächlich auch deswegen, damit die Volkspartei „anstatt kritischer Weise im Lande herumzureisen, die Verteidigung der Regierungspolitik mit übernehmen“. Sie betrachtet die Aufnahme der Deutschen Volkspartei also als eine Art politisches Geschäft zum Vorteil des Zentrums und spricht in ihrem Koalitionsartikel ausdrücklich auch von einem „Geschäft“, bei dem auf Seiten der Volkspartei „in reichlicher Anzahl“ vorliege, dem eine „rege Nachfrage“ auf der anderen Seite gegenüberstehe. Der von der „Germania“ so sanft angeblasenen Volkspartei ist diese Offenherzigkeit des offiziellen Zentrumsorgans offensichtlich peinlich. Die volksparteiliche „Zeit“ sieht sich denn auch bereits zu der Klage veranlaßt, die „Germania“ hätte sich diese Bemerkung sparen können. Der Deutschen Volkspartei liege gar nichts ferner als sich anubieten; von einem „Angebot“ und „einem Parteigeschäft“ könnte man viel eher vom Standpunkte derjenigen Parteien sprechen, die einen Ausgleich gegenüber der verstärkten Sozialdemokratie suchten.

Man kann hieraus ersehen, daß für das Zentrum bei der Fehlsucht nach einer bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft im Sinne der „Germania“ in der Hauptache parteigegensätzliche Motive maßgebend sind, wenn auch allgemein politische Erwägungen mitbestimmend sein mögen, vor allem auf außerpolitischem Gebiete. Daß die Internationalitätsduselei der Sozialdemokraten uns gegenüber den Entente-Mitgliedern auch nicht um einen Schritt vorwärts gebracht hat, beginnt auch dem linksorientierten Zentrum allmählich deutlicher zum Bewußtsein zu kommen. Die „Germania“ muß zugeben, daß in den Ländern, mit denen wir es vorwiegend zu tun haben, England, Amerika und Frankreich, die Sozialdemokraten eine höchst beachtliche Rolle spielen, die sich hauptsächlich in der Abfassung schöner Rundgebungen ohne praktischen Wert beschränkt. Umso stärker sei dort dagegen der Einfluß der kommerziellen und finanziellen Kreise, die jetzt wieder in engere Beziehung zu unserem Wirtschaftsleben gekommen sind und die schließlich in einer Regierungsmehrheit mit der Sozialdemokratie als Hauptträgerin eine besonders kreditwürdige Vertreterin des deutschen Volkes sehen werden.

Wenn nun das Regierungszentrum neben seinen parteilastischen Erwägungen aus innen- und außenpolitischen Gründen zu der Überzeugung gekommen ist, daß die Regierungsbasis verbreitert werden müsse, so scheint uns die von der „Germania“ vorgeschlagene beschränkte bürgerliche Arbeitsgemeinschaft unter Ausschluß der Deutschnationalen kein gangbarer Weg zu sein. Die politische und die wirtschaftliche Not zwingt zu einem Zusammenschluß aller bürgerlichen Kreise. Diese Auffassung wird bestärkt durch das Echo, das die Koalitionsschmalmeien der „Germania“ im sozialdemokratischen Zentralorgan, dem „Vorwärts“, finden. Er antwortet mit der nicht mißzuverstehenden Drohung, daß die Bemerkungen um die Arbeitsgemeinschaft bei den roten einen Gegendruck erzeugen würden, was nicht ungefährlich sei. Wenn Zentrum und Demokraten das bisherige Koalitionsverhältnis nicht mehr fortsetzen wollten, so möchten sie es sagen. Aus dieser vagen Entgegnung können die linken Koalitionsgenossen der Sozialdemokratie und diejenigen, die es etwa flüchtig werden wollen, mit genügender Deutlichkeit ersehen, woran sie sind. Mit Salbeteien ist da

nichts zu machen. Einem Gebilde mit so robusten Gewohnheiten, wie es die jetzt wieder vereinigte Sozialdemokratie ist, kann man mit sanften Tönen von der Melodie der „Germania“ schwerlich beikommen.

Eine Begründung der Rheinlandkommission.

Die interalliierte Rheinlandkommission gibt jetzt für das Verbot der deutschen Strafvollstreckung an dem Landesverräter Smeets, das eine unglaubliche Nichtachtung der deutschen Hoheitsrechte darstellt, eine Begründung. Darin heißt es:

Smeets werde im allgemeinen wegen Pressedelikten von Deutschland verfolgt, und diese seien im allgemeinen nur von mindiger Wichtigkeit. Die Rheinlandkommission müsse aber Personen schützen, die wegen der Dienste beunruhigt würden, die sie der Besatzungsarmee geleistet haben. Die deutschen Behörden waren bei Verfolgung Smeets nicht von Sorge für die genaue Gerechtigkeit befeet, sondern haben Smeets nur wegen seiner politischen Haltung verfolgt. Unter den Vergehen, die Smeets zur Last gelegt werden, befindet sich u. a. eine Beleidigung des Reichspräsidenten und mehrere Beleidigungen deutscher Beamter.

Eine halbamtliche Notiz bemerkt dazu: Die Begründung der interalliierten Kommission enthält zahlreiche Beleidigungen Deutschlands und zeugt nicht von Achtung für die Einrichtungen der demokratischen Republik.

Amerika und die interalliierten Schulden.

* Paris, 10. Oktober. (Von unserem Sonderberichterstatter.) Der Korrespondent der „New York World“ in Washington erklärte, daß die amerikanische Regierung überzeugt ist, daß die Stunde gekommen sei, einen ersten Versuch zu machen, um die Finanzen der ganzen Welt wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Der Korrespondent fügt hinzu, daß die Regierung von Washington im Begriff stehe, gewisse festumgrenzte Initiativen zu ergreifen, um die Frage der Kriegsschulden zu regeln, bevor sie an einer Wirtschaftskonferenz mit den europäischen Mächten teilnehmen würde. Der Korrespondent versichert ferner, daß die Regierung die Annahme der Einladung für die Finanzkonferenz von Brüssel in Aussicht nehme. Der amerikanische Vertreter werde an den Erörterungen und an den Bestimmungen dieser Konferenz teilnehmen, aber unter dem Vorbehalt, daß seine Handlungen vom Kongreß sanktioniert werden. Man erwägt gegenwärtig folgendes: In welchem Augenblick der Schatzkanzler Sir Robert B. S. in den Vereinigten Staaten eintreffen werde und welche Vorschläge England wegen der Regelung der Schuldenzahlung machen wolle. Falls die englischen Vorschläge mit den Pflichten, die der amerikanischen Schulden-Konsolidierungskommission vom Kongreß zugeteilt wurden, unvereinbar wären, soll vom Kongreß gefordert werden, einige der Einschränkungen, die der Kommission auferlegt sind, zu beseitigen, damit diese eine gewisse Handlungsfreiheit mit den englischen Vertretern haben könne.

Gegen die Schuldflüge.

dsd. Die Verstärkung der Schuldflüge ist die Verstärkung des Versailles Vertrages, ist die Verstärkung der französischen Gewalt- und Annexionspolitik. In Nachfolgendem soll gezeigt werden, auf wie schwachen Füßen die „Überzeugung“ der Ententevölker von der Schuld Deutschlands steht. Bereits am 26. August 1915 schrieb der „Labour Leader“ als Kommentar zu dem Kriegsgrund, den England angab, zur Verletzung der belgischen Neutralität:

„Ich möchte wohl wissen, welche größere kriegsführende Macht in den letzten zehn Jahren keinen Vertrag gebrochen hat. Im Jahre 1807 nahm die englische Flotte ohne jede Vorankündigung die dänische Meer- und blockierte Kopenhagen. Über diesen Vorfall äußerte sich in einem Buche, zu dem Lord Roberts eine beifällige Vorrede geschrieben hat, Major Stewart Murray folgendermaßen: „Niemand hat irgendeine andere Nation etwas getan, was mehr den hergebrachten leeren Formen des sogenannten Völkerrechts ins Gesicht schlägt. Wir hielten es für rätlich, nötig und nützlich und hatten die Macht, es zu tun. Darum taten wir es. Schämten wir uns dessen? Nein, gewiß nicht. Wir sind stolz darauf. Als was für eine Unselbst erregende Heuchelei muß es anderen Nationen daher erscheinen, wenn wir, gerade wir unter allen Völkern, von der Heiligkeit des Völkerrechts als Schutz unseres Handels reden! Wenn unseres Landes Kinder von der Heiligkeit des Völkerrechts reden, so ist das nichts als Heuchelei und Unwissenheit!“

Noch derber spricht sich die Meinung in einem Manifest der englischen Arbeiterpartei aus:

„Es war nicht die serbische Frage oder die belgische Frage, die England in dieses tödliche Ringen trieb. Es ist nicht ein Krieg für unterdrückte Nationalitäten oder für Belgiens Neutralität. Selbst wenn Deutschland Belgiens Neutralität nicht unrechtmäßig verletzt hätte, würden wir hineingezogen sein. Wer glaubt, wenn Frankreich im Streit mit Vertragsgenossen in Belgien eingegriffen wäre, um Deutschland zu pöden, daß wir dann Feindseligkeiten gegen Frankreich begonnen hätten? Hinter dem Rücken von Parlament und Volk hat das englische Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten heimlich Dinge mit Frankreich abgesprochen ... Verträge und Übereinkünfte haben die republikanische Partei Frankreichs an das tyrannische Rußland gefettet und England an Frankreich. Seinerzeit wird das deutlich gemacht und die verantwortlichen Männer zur Verantwortung gezogen werden.“

Was heute sind die verantwortlichen Männer leider noch nicht zur Verantwortung gezogen. Man hat Deutschland zum Sündenbock gemacht. Aber diese Schuldflüge werden und muß zerlegt werden.

Die Besprechungen in Mudania.

Die Besprechungen in Mudania wurden heute abend fortgesetzt. Die alliierten Generale überreichten Ismed Pascha den Wortlaut ihrer Abmachungen, die sich mit den Vereinbarungen decken, die in Paris getroffen wurden. Vornehmlich beziehen sich diese Abmachungen auf Ostthrazien und die Befestigung dieses Gebietes zunächst durch ein interalliiertes Kontingent und später durch kemalistische Truppen. Ismed Pascha erklärte, er werde diese Abmachungen in verständlichem Geiste prüfen; da sie jedoch einige Bestimmungen enthielten, die er nicht ohne weiteres annehmen könne, so werde er sie der Regierung von Angora zur Genehmigung unterbreiten. Infolgedessen wurde die Besprechung unterbrochen und eine weitere Sitzung auf nachmittags 5 Uhr anberaumt. Wiederum raucht das Gerücht auf, daß der Sultan seine Abdankung angedroht habe. Dieses Angebot wurde Mustafa Kemal von dem Großwesir Tawfik Pascha übermitteln. Die Nationalversammlung in Angora beschloß die Abdankung anzunehmen, sie aber erst nach dem Abschluß der Militärkonferenz zur Tatfache werden zu lassen. Als neuer Sultan wird der Kronprinz Abdul Mehjid genannt.

Lloyd Georges Unterredung mit den englischen Arbeiterführern.

Wie schon erwähnt, hat Lloyd George als Erwiderung auf die Angriffe der Arbeiterpartei wegen seiner Orientpolitik den stenographischen Bericht über die Aussprache veröffentlicht, die am 21. September von der aus 30 Mitgliedern bestehenden Abordnung des Generalrates des Gewerkschaftskongresses mit Lloyd George und anderen Mitgliedern der Regierung über die Orientpolitik abgehalten wurde.

Die Aussprache zwischen Lloyd George und den Vertretern der Arbeiterpartei, bei deren Schluß der Arbeiterführer Thomas dem Premierminister das Zeugnis ausstellte, er habe klar angegeben, daß er wirklich nur die Politik der britischen Arbeiterpartei erfüllte, und die Politik Lloyd Georges „Unsere gemeinsame Politik“ nannte, beginnt mit den Ausführungen der Arbeiterführer, in denen sie den Standpunkt der britischen Arbeiterpartei in der Frage kriegerischer Möglichkeiten im nahen Osten darlegen. Ventillot erklärt u. a., die britische Arbeiterpartei trete für die Freiheit der Meere und für die Freiheit der Schifffahrt in jedem Teile der Welt ein. Sie widerstehe sich jedem Kriege und würde Widerstand gegen jede Form von Krieg organisieren. Auch Thomas erklärt, er würde seinen ganzen Einfluß geltend machen, um die britischen Arbeiter zu bewegen, gegen den Krieg Stellung zu nehmen. Thomas erklärte weiter, wenn von einem Interesse an den Meereingen gesprochen werde, sei nicht ein Anschlag weder auf Deutschland noch auf Rußland gemeint. Wenn die Arbeiter vom Völkerbund sprächen, wollten sie, daß es ein Bund der Völker, das ist aller Völker, sein soll. Hierauf warf Lloyd George ein: „d. h., wenn sie (Deutschland und Rußland) ihm beitreten wollen, bisher haben sie es beide abgelehnt beizutreten.“ Auf die Erklärung des Arbeiterführers Thomas, daß, wenn man, was Deutschland betreffe, sich die Tatsachen vergewissern wolle, ob Deutschland den Beitritt ablehne, und ein anderes Gesicht annehme, entgegnete Lloyd George: Die Deutschen wissen sehr gut, daß, wenn sie im Aufnahmestadium sind, sie unbenutzbar würden. Wir werden ihnen Unterstützung gewähren, nicht nur in dem Sinne, daß sie Mitglied des Bundes werden, sondern daß sie auch in seinem Rat sitzen sollen. Thomas antwortete hierauf dem Premierminister, es sei nicht ausreichend, wenn er im Unterhause erkläre, für sich selbst zu sprechen und es dann durch Poincaré oder einen anderen verwirklichen lasse.

In seinen Antworten auf die Darlegungen der Arbeiterführer betonte Lloyd George immer wieder, daß die Regierung keine Politik des Krieges verfolge. Die Regierung habe den Griechen niemals auch nur einen Pfennig bezahlt und sie weder mit Geld noch mit Waffen unterstützt. Die Regierung habe weiter telegraphiert, jedem Vorschlag, der die Intervention des Völkerbundes betreffe, die englische Unterstützung zu geben. Die Weigerung, die Frage an den Völkerbund zu bringen, sei von anderen Regierungen gekommen.

Über die Notwendigkeit der Neutralität und der Freihaltung der Meere erklärte der Premierminister u. a.:

Wie könnte England Schritte tun, welche die Türkei in dieselbe Stellung einsetzen würde, wie vor dem Kriege, so daß sie die Meere gegen England sperren, Rumänien und Rußland erdroßeln und den gesamten Handel im Schwarzen Meer abschließen könnte. Als Tillet um Definition dessen bat, was Lloyd George Freiheit der Meere nenne, erwiderte Lloyd George: Unter Freiheit der Meere ist zu verstehen, daß sie genau wie jeder der internationalen Wasserwege sein sollen, daß Fahrzeuge jeder Nation nach dem Schwarzen Meer und zurück ohne Einmischung passieren könnten, und daß man eine Bürgschaft hat nicht nur auf das Wort der Türken hin, sondern eine Garantie unter Beteiligung des Völkerbundes, um die freie Durchfahrt sicherzustellen. Wen Tillet fragte hierauf: Handelt es sich dabei um Befestigungen in den Händen einer internationalen Körperschaft? Lloyd George erwiderte: Dies würde jene Körperschaft selbst entscheiden müssen. Wenn sie es für notwendig erachtet, Befestigungen anzulegen, um die Freiheit zu gewährleisten, so würde der Völkerbund darüber entscheiden. Die Entscheidung hierüber ist nicht unsere Sache. Tillet fragte weiter: Erfolgt im Falle eines Krieges keinerlei Eingriff in die Neutralität der Meere? Lloyd George antwortete: Nein. Tillet: Von Seiten keiner Nation? Lloyd George, Nein, nein, seitens keiner Nation, weder von uns, noch von einer anderen Nation, sonst wäre dies nicht Neutralisierung der Meere.

Im weiteren Verlaufe der Erörterungen erfuhr Tillet um die Ansicht des Premierministers über die Art der internationalen Kontrolle. Lloyd George erklärte: Wir waren stets dafür, daß die Rumänen mit herangezogen werden, weil sie interessiert sind. Was die Russen betrifft, so ist dies Sache der Konferenz, die später zwischen den Parteien

stattfinden soll. Die Angelegenheit wird wahrscheinlich dem Völkerverbund übergeben, und wahrscheinlich wird der Völkerverbund erwirken müssen, wie sich die Sache zusammenfassen soll. Allen frage weiter: Werden Sie bereit sein, die Russen zu befragen? Darauf erwiderte zunächst Chamberlain: Ich glaube, es ist schwierig für die Regierung, die Verhandlungen mit einer großen Anzahl von Mächten führen muß, eine derartige Frage zu beantworten. Ich glaube, man kann von uns nicht verlangen, daß wir uns festlegen oder gegenwärtig zu sehr ins Einzelne gehen. Die Verhandlung der wir im vollkommener Aufrechterhaltung geben, ist, daß wir eine wirksame internationale Kontrolle haben wollen, die nicht günstiger für uns ist als für andere Mächte. Lloyd George sagte hinzu, man brauche kaum darauf hinzuweisen, daß mit allen anderen Mächten in der Welt unsere Haltung gegenüber Rußland nicht die am wenigsten wohlwollende ist.

Ein eingehender Bericht über diese Aussprache ist seinerzeit nicht bekanntgegeben worden, weil die Abordnung des Generalrats des Gewerkschaftskongresses auf der der Unterredung folgenden Sitzung keine Einigung bezüglich der Veröffentlichung erzielt. Das radikale Abendblatt „Star“ hielt die Veröffentlichung der Aussprache durch Lloyd George als einen Schwachsinn des Premierministers im Hinblick auf die möglicherweise bald bevorstehenden Neuwahlen an. Wie aus offizieller englischer Quelle verlautet, beabsichtigt Lloyd George am nächsten Sonnabend in Manchester eine Rede zu halten, in der er sich gegen die Angriffe wegen seiner Orientpolitik verteidigen wird.

Reparationskommission und Deutschlands schwebende Schuld.

* Paris, 10. Oktober. (Von unserem Sonderberichterstatter.) Heute vormittag verabschiedete sich Louis Dubois von den Mitgliedern der Reparationskommission. Darauf hielt die Reparationskommission eine offizielle Sitzung ab, bei welcher Gelegenheit Barthou zum Präsidenten gewählt wurde. Barthou hatte eine längere Besprechung mit Poincaré über die Probleme, welche die Aufmerksamkeit der Reparationskommission auf sich lenken. Unter diesen wird, wie der „Temps“ schreibt, besonders das unebene Wachstum der schwebenden Schuld des Deutschen Reiches die Reparationskommission beschäftigen. Gemäß den Beschlüssen der Kommission vom 31. Mai erhielt Deutschland ein teilweises Moratorium für die Zahlungen von 1922 unter gewissen Bedingungen, von denen eine darin bestand, daß die schwebende Schuld des Reiches die Ziffer vom 31. März 1922 nicht überschreiten dürfe (231 Milliarden Papiermark). Hierzu kommt, solange eine internationale Anleihe nicht zustande gekommen wäre, die Summe der Geldzahlungen Deutschlands für die Reparationen. Hier könnte, falls diese Summe überschritten sein sollte, der Unterschied durch Steuern oder innere Anleihen gedeckt werden. Am 30. Juni betrug die schwebende Schuld 311½ Milliarden Papiermark. Deutschland hatte am 15. April, 15. Mai, 15. Juni Geldzahlungen von 118 Millionen Goldmark entrichtet. In dem Maße, wie die Mark fiel, vermehrte sich der Banknotenumlauf. Am 30. September betrug die schwebende Schuld 451 Milliarden Papiermark, inbetracht der entsprechenden Wert der 96 Millionen Goldmark. Die Deutschland für die Zahlungen vom 15. August und 15. September an Belgien übergeben hatte. Es erachtete sich die Frage, ob sich Deutschland den Beschlüssen der Reparationskommission fügte, oder ob es eine Verletzung gegenüber den Bestimmungen beging, von denen die Aufrechterhaltung des Moratoriums abhängt.

Die neue Besoldungsvorlage.

Berlin, 10. Oktober. In der heutigen Kabinettsitzung wurde die vom Reichsfinanzministerium ausgearbeitete Besoldungsvorlage beraten und angenommen.

Die bisherigen Teuerungszulagen sind in die Grundgehälter und Ortszuschläge eingebaut. Die Ortszuschläge sind mit Rücksicht auf das inzwischen in Kraft getretene Reichsmietengesetz und als

New-York, 10. Oktober. (Handdienst.) Wechsel auf Berlin Schlusssatz 100 Mark = 0,03¼ (0,03½) Dollar. Das bedeutet umgerechnet ein Dollar gleich 3076,923 (2962,962 Mark.)

Erfolg für die bisherigen widerrussischen Wirtschaftshilfen entsprechend erhöht. Den wiederholten Wünschen des Reichstages nach vermehrter Berücksichtigung der sozialen Befindlichkeitsverhältnisse sind die Rinderzuschläge stärker erhöht als die Grundgehälter. Außerdem ist für die verheirateten Beamten die Gewährung eines um 3 Prozent höheren Teuerungszuschlages vom Grundgehalt und des Ortszuschlages in Aussicht genommen. Die Rinderzuschläge bleiben nach wie vor für alle Beamtengruppen gleichmäßig hoch. Für Pensionäre sind die entsprechenden Folgerungen gezogen. Das gesetzliche Witwengehalt soll von vier Zehntel auf sechs Zehntel des Ruhegehaltes des Mannes erhöht werden. Dafür sollen die Witwen zukünftig nur den allgemeinen Teuerungszuschlag zu ihrem Witwengehalt erhalten.

Die Vorlage geht sofort dem Reichstag zu und soll dem Reichstag bei seinem Zusammentreten am 17. Oktober bereits vorliegen.

Die Verhandlung gegen Fedenbach.

München, 10. Oktober. Im Verhör des Angeklagten Fedenbach wird demselben heute mit ziemlicher Sicherheit nachgewiesen, daß er die an das Mutteramt der Kaiserin gemachten sensationellen Nachrichten erfunden habe; so u. a. das angebliche Protokoll der Sitzung der rechtsradikalen Vereinigung, in der die auf Wiederherstellung der Monarchie gerichteten Pläne beschlossen worden sein sollen. Nach Übermittlung dieses Protokolls, das von der London-Zentrale Transatlantisch für besonders interessant gehalten wurde, wurden Fedenbach für ähnliche Verbrechen besondere Honorare in Aussicht gestellt. Am 3. Juli, dem Tag der Verurteilung Leopoldinas wegen Hochverrats, hat Fedenbach die Verurteilung für das Büro eingeleitet, aber später wieder ähnliche Berichte wie früher an Gargas geliefert. In früheren Berichten hatte Fedenbach dem Gargas angebliche Pläne der Nationalisten zur Ermordung des Reichspräsidenten und zur Veranlassung von Pogromen mitgeteilt. Der Vorliegende hielt dem Angeklagten vor, daß er nicht daran gedacht habe, daß er dem Vaterlande Schaden zufüge, wenn er in ausländischen Zeitungen Berichte über die Verbrüderung der schwarzrotgoldenen Kasse auf dem Bahnhofplatz in München veröffentlichte. Fedenbach hatte hinzugefügt, dieser Vorfall sei typisch für die Gefinnung des deutschen Volkes. Einem ausländischen Blatt gegenüber hat er sich zu vertraulichen Informationen über die Reichs- und Landespolitik erlaubt. Der Staatsanwalt erklärte, daß er die Vorlage auf einen weiteren von Fedenbach an Gargas erstatteten Bericht ausdehne, worauf Gargas mitteilte, er habe von den Berichten Fedenbachs im allgemeinen den Eindruck gewonnen, daß dabei politische Leidenschaft bei ihm ausschlaggebend gewesen sei. — Die Verhandlung geht weiter.

Verchiedene Mitteilungen.

SS Für die Vorbereitung der Neuwahl des Reichspräsidenten will, wie eine Korrespondenz zu berichten weiß, der Reichs-Langler eine Einladungsliste an die führenden Männer nicht der politischen Parteien, sondern von Industrie, Landwirtschaft, Handel, Kunst und Wissenschaft, sowie an Politiker und Parlamentarier zur Bildung eines Ausschusses richten.

SS Der Parteitag der Demokraten in Elberfeld hat der Parteileitung ein Vertrauensvotum bewilligt, nachdem Vorsitzender Peterßen sich für die Arbeitsgemeinschaft der Mitte, Deutsche Volkspartei, Zentrum, Demokraten und Vereinigte Sozialdemokraten, ausgesprochen hatte.

— Bayerische Notstandsmaßnahmen. Der ständige Ausschuss des bayerischen Landtages hat einen Antrag der Sozialdemokratischen Partei angenommen, nach dem in Erweiterung der bisherigen Notstandsmaßnahmen 200 Millionen Mark zur Unterstützung von Personen, die ohne eigenes Verschulden in ihrer Lebenshaltung auf das äußerste gefährdet sind, bewilligt werden. Die Unterstützungen sollen insbesondere zur Beschaffung oder zur Verbilligung von Lebensmitteln und Gegenständen des notwendigen Bedarfs dienen.

— Verhaftung von Mitgliedern der Organisation Oberland. Nach einer Münchener Meldung sollen auf Grund eines Haftbefehls des Staatsanwalts verschiedene Mitglieder der Organisation Oberland, darunter Hauptmann Veppo Noefer, Dr. Fritz Bartels, Ludwig Osterreicher, sowie Kaufmann Friedrich Endres wegen Verdachtes der Vorbereitung und Aufforderung zum Mord festgenommen worden sein. Die Beschuldigten haben angeblich an Mitgliedern des Bundes Oberland Aufforderungen zur Verübung verschiedener Verbrechen und Vergehen gerichtet. U. a. soll es sich um den Plan der Ermordung politischer Persönlichkeiten handeln.

— Erhöhung der Umsatzsteuer. Dem Reichstag liegt ein Entwurf der Reichsregierung zur Änderung des Landessteuergesetzes vor, dessen Artikel 7 eine Erhöhung der Umsatzsteuer von 2 auf 2½ Prozent vorsieht.

— Die Sehung der Lebensmittelerzeugung. In einer Besprechung der Vertreter der Spitzenorganisationen der deutschen Arbeitnehmerverbände mit dem Oberbürgermeister von Berlin wurde die Sehung der deutschen Lebensmittelerzeugung durch Urbarmachung der deutschen Ebländerien und Moore und die Schaffung von Kulturgürteln um die Großstädte behandelt. Die Vertreter der Spitzenverbände erklärten sich einmütig bereit, die Finanzierung der Melioration von Mooren und Ebländerien unter weitgehender Beteiligung des Reiches zu betreiben. Sie werden in Gemeinschaft mit dem Oberbürgermeister sich mit dem Reichsanwalt, dem Finanzminister und dem Reichslandwirtschaftsminister ins Benehmen setzen.

— Eine thüringische Holzumlage. Die thüringische Regierung beschloß nach der „Zeit“ eine der Getreideumlage ähnliche Holzumlage. Die Angliederung von 10 bis 20 Hektar Wald haben eine Geldabgabe zu leisten, die durch entsprechende Holzlieferungen abgelöst werden kann. Die über 20 Hektar großen Waldbesitzer haben das Holz an die Kommunalverbände direkt abzuliefern. Das Holz wird an die minderbemittelte Bevölkerung kostenlos abgegeben.

— Ein Großfeuer zerstörte die Werkanlagen der zu dem Elektrizitätswerk Wetterwald in Marienburg gehörigen Grube Massau fast vollständig. Der Schaden beträgt mehrere Millionen Mark. Es wird Brandstiftung vermutet.

* Die Zoologische Station zu Neapel. In dem Prozeß, der zwischen Professor M. Dohrn und der Stadt Neapel wegen der Rechte auf die Zoologische Station schwebt, hat die Stadt gegen das Urteil der zweiten Instanz, welche die kostenfällige Auslieferung des Instituts an Professor Dohrn verfügte, Berufung beim Kassationshof eingelegt. Infolgedessen ist das Institut von Professor Dohrn noch nicht wieder übernommen worden. Das Urteil des Kassationshofes, der als höchste Instanz die Angelegenheit endgültig entscheiden wird, ist um die nächsten Tage zu erwarten.

Siehe!

In des Orientes weiten Spalten,
Unter Bäumen, die zum Teil Hagien,
Nicht vermöhnt von Mäusen und von Grazien,
Liegt ein Land mit der Bezeichnung Thragien.
Schmuppe ist es dem blasierten Dandh,
Um so heiliger aber dem Essendi,
Denn im Schatten dortiger Minarette,
Rauchte gern er seine Zigarette.
Auch die Dardanellen trotz der Enge
Kriegte liebend gern er in die Fänge,
Braucht zur Antrostellung nicht viel Zinte,
Droht nur mit der scharf geladenen Finte,
Zwingende und klare Argumente
Wirten auf die bieder Entente,
Denn schon sieht man ja in aller Frische
Osman's Söhne am Verhandlungstische,
Reinesfalls die Hände an der Wiese.
Die Moral davon ist aber diese:
Wessen Kriegswort schlecht nur eingemottet,
Wessen Wehr zerbrochen und verschrottet,
Der zum Abgrund ohne Mittel trottet,
Von der Welt nicht ohne Grund verpottet. H.

Zehntes Deutsches Buchfest.

Mit dem Einzug der Buchfeier in unser altes Konzerthaus (am Montag) ist der Musikgeist in fröhlicher Art mit aufgezogen. Es hat nur Sieges- und verzehnernde gegeben. Die prachtvolle Suite für Streichinstrumente und konzertierende Klavier in G-Moll, die Ernst Schirner sehr schön spielte, löste den Bann, der bis jetzt auf den größeren Werken gelastet hat. Dann brachte Professor Paul Grümmer die D-Moll-Suite für Violoncell allein und entzückte mit dem schweren Werke die Zuhörer durch Größe des Ausdruckes, Sicherheit der Technik und Antiklenzschönheit. Eine Garbe vornehmster Künstlerkunst waren die fünf „Präliminien und Fugen“ aus dem ersten Teil des Wohltemperierten Klaviers (Cis, Fis, G, D, Es), die Prof. Dr. Georg Dohrn geistvoll interpretierte. Leider mußte die Hockeysfantasie „Vergnügte Pfaffenstadt“ ausfallen, da die Unmöglichkeit von Frau Anna Erler-Schnaudt sich hartnäckig zeigte. Die Partitur des Werkes galt als verloren und wurde erst vor kurzer Zeit wieder gefunden. Wir hätten eine Aufführung eines Buchfestes erleben, nachdem es wahrscheinlich nur einmal gelegentlich einer Hochzeit in Leipzig am 5. Februar 1728 erklingen ist. Glücklich die Zeiten, wo ein Buch zu Hochzeiten aufspielte! Adolf Wulff spielte bewundernswert in höchster Weise die G-Moll-Partita für Violine allein, ein Werk voll von märchenhaft schwierigen Geigentechniken, die Buch dem ungeheuren Stoff gegenüber im größten Ausdruckstil überwand. Das Schöne, überwältigendste dieses Vormittags war aber das vierde Brandenburgische Konzert, in dem Buch die konzertierende Orgel übernommen hatte. Der Jubel nach diesem Werk, das nur aus dem Geiste der Musik heraus seine Motive in unbeschreiblichem Reichtum treibender Melodie bildet, war so groß, daß der letzte Satz wiederholt werden mußte.

Der Abend brachte mit der Ouvertüre für Orchester aus der Caure-Suite einen weiteren gleich großen Erfolg. Die Art des Lesens, Melodie und geistreiche Thematik löst die Gedanken über Jahrhunderte hinweg zu den Meisterjüngern Wagners schweiften. Grümmer spielte sodann von dem österreichischen Meister Georg Matthias Monn, der in der Symphonie und im Konzert Vorgänger Bachs war, ein Violoncellkonzert, das unter allen Umständen interessant war und von nun an wohl häufiger auf dem Programm zu finden sein wird. Sireng genannt hat es aber mit Buch nichts zu tun. Grümmer's Kunstgenosse Buch spendete das E-Moll-Violoncellkonzert, ebenso wie jener mit der wunderbaren Wiedergabe Stürme der Begeisterung wachend. Frau Lotte Leonard sang dann jene drei Arien mit einer, zwei, drei obligaten Klavieren, die sie vor Jahresfrist etwa schon einmal in einem Konzert des Orchestervereins gesungen hat. Der Vortrag war wie damals kein gleichförmiger, aber in den Rahmen eines Buchfestes gehören solche aus dem Schmucke herausgelöste Werke nicht. Johann Christoph Bach (nicht Johann Sebastian, wie ich in meiner Einführung irrtümlich annahm) bildete mit seinem Chorwerk „Es erhub sich ein Streit“ den Schluss des Buchfestes. Die Steigerungen in diesem Werke sind in ihrem einfachen Aufbau von großer Kraft und Wirkung. Es lebt in diesen Tönen ein fast fanatischer E-Moll-Jubel, der so lange auf uns einströmt, bis wir seiner Macht willenlos erliegen. Prof. Dr. Georg Dohrn konnte den lauten Dank einer be-

geisterten Zuhörerschaft in unablässigem Zuruf entgegennehmen. Mit diesem Ausgang des Buchfestes hat die Reihe der Großkonzerte würdig abgeschlossen. Den Namen Buch in die weitesten Kreise unseres Volkes hineintragen bedeutet Reinigung und Befundung.

Theater und Konzerte.

Lobtheater. „Faust.“ I. „Qui s'excuse, s'accuse“, das gilt auch für den Spielleiter der neuen „Faust“-Aufführung im Lobtheater, Herrn Wilhelm Lichtenberg, der sich bei der letzten Vormittags-Vorstellung der Volksbühne bedauernswert fühlte, seine „Faust“-Inszenierung zu rechtfertigen. Über der wiederholte Besuch konnte den erstmal gewonnenen üblen Eindruck nur verstärken. Wir glauben, daß auch die Mitglieder der Volksbühne den Goethe'schen „Faust“ sehen wollen und nicht einen Lichtenbergschen. Und sind die literarischen Weiräte dieser Vereinigung, ist z. B. Geheimrat Kühnemann wirklich damit einverstanden, daß hier im Osterpaziergang die herrliche Osterfeste (Jeder sonnt sich heute so gern usw.) radikal gestrichen wird, daß der Goethe'sche Text, um mit den fragwürdigen Regieplänen des Herrn Lichtenberg nicht allzu sehr zu kontrastieren, beliebig verändert und verdreht wird, wie z. B. beim Beginn der Schülerzene? Wenn der Spielleiter uns aber dahin belehren will, daß er mit seiner „Stilbühne“ die Phantasie der Zuhörer befriedigen will, so kann man dafür nur ein mitleidiges Lachen haben. Einige Hauptrollen sind neu besetzt worden. Ob Herr Arnfeld als Faust mit besonderer Begeisterung sich der festlichen Auffassung des Regisseurs gefügt hat, bleibt dahingestellt. Jedenfalls bot er in ihrem Rahmen eine interessante Leistung. Die Beethovenmaske, die er sich zurechtgemacht, wirkte nicht übel, wenn sie auch aller Tradition widersprach. Auf das Gretchen der Frau Lembach konnte man gespannt sein. Nun, wir sahen, was vorauszu sehen war, kein Goethe'sches Gretchen, sondern eine Ubsenke Solowig. Mond war sie ja, mehr als blond sogar und beinahe à la 1922 frisiert — ungefräst kann sich jedoch auch eine wertvolle Künstlerin wie sie aus der Britentönigen Elisabeth nicht in Faustens holdselig-junges Liebchen wandeln. Den Mephisto spielte als Gast Herr Walter Jung, der uns leider keine neuen Offenbarungen bescherte. Anerkannt werden muß die Sprechkunst des Darstellers, der freilich eine gewisse Textunsicherheit entgegensteht. Was ihm fehlt, ist die Kunst, scharf zu charakterisieren. Er legt seine Szene mit einem hohlen und gleichmäßigen Pathos hin, man vermischt den Geist, der doch in dem Teufel stecken muß. Das fast ausverkaufte Haus fühlte sich trotz der „Stil“-Kunststücke des Herrn Lichtenberg nicht übermäßig erschüttert und war sparsam mit seinem Beifall. A. D.

Konzert im Stadttheater. Es war nicht leicht, sich nach dem Erlebnis des Buchfestes auf den virtuellen Buchfest zu verlassen, der das Solistenkonzert am Montag im Stadttheater kennzeichnete. Drei bisher unbekannte Gäste, die Pianistin Kirosla Govesi und die Violonistin Johanna Guarcas werden mit der Aufnahme, die sie gefunden haben, zufrieden sein. Der Geigerin gebührt der Vorrang. Ihre Grifftechnik ist sicher und sehr sauber. In der eleganten und doch energiegeladenen Vogenführung besitzt sie ein schäbbares Hilfsmittel für rhythmisch straffes Spiel, das schon in Wabals's E-Moll-Konzert: angenehm auffiel und später in kleineren Stücken Preisler'scher Bearbeitung und in einigen Zugaben noch weitere Reize einflachte. Der Pianist fehlte für Bach-Walons „Taconne“ die zur plastischen

Formung nötige Anschlagskraft. Mit den Dohnanischen Stücken verband sie das Publikum recht geistreich zu unterhalten. Auch Schumann's „Carnaval“ entfaltete seine poetische Bäume; nur die künstlerische Doppelart der Schöpfers konnte scharfere Beleuchtung erfahren. Kammerlänger L. Heodor Rattermann erlangte sich schon mit Verdi und Moito rogen Beifall und gab besonders mit dem Prolog aus „Bajazzo“ eine gewichtige Probe einbringlicher Sanges- und Deklamationskunst, während drei Lieder von R. Strauß den Willen der Zuhörer nicht veräußerten. Fürstlich gemühtes Lied „Der Wagen rollt“ ausgenommen, war eine Gesamtdarstellung. Ein Künstler wie Rattermann hat es nicht nötig, Augenbände zu machen und seinen Dank auf diese Weise abzuklären. Franz Hollons Klavierbegleitung liegt immer höher im künstlerischen Kurs. —

Nus Kunst und Leben.

st. Das Freie Deutsche Hochstift in Frankfurt a. M., in dessen Besitz sich das Goethehaus und Goethemuseum befinden, richtet folgenden Aufruf an seine Mitglieder: Da die Fortbildung des Goethehauses unsere Mittel nahezu erschöpft hat, so richten wir die dringende Bitte an unsere Mitglieder, den Jahresbeitrag freiwillig auf 50 Mk. oder höher festsetzen zu wollen. Die Mitglieder erhalten dafür alljährlich eine wertvolle, nur in kleiner Auflage für sie hergestellte Jahresgabe. Durch die wachsende Teuerung ist die Aufrechterhaltung des Betriebes auf das äußerste gefährdet. Die Mitglieder des Hochstifts würden sich ein besonderes Verdienst um Goethe und sein Museum und damit um die deutsche Kultur erwerben, wenn sie die Bemühungen der Verwaltung um Beschaffung weiterer Geldmittel in ihren Kreisen unterstützen wollten. Persönliche Beziehungen zum balatbarsten Auslande ließen sich in hervorragendem Maße zur Erlangung größerer Goethegaben fruchtbar machen. Wir laden daher alle Mitglieder, deren die Erhaltung des zu Goethe's Ehren Beschaffenen am Herzen liegt, zu tätiger Mitarbeiterschaft ein, in der Hoffnung, daß es mit vereinten Kräften gelingen werde, demnächst das äußerste abzuwenden.

— Folgende „praktische Winke für unpraktische Ärzte“ gibt eine amerikanische Zeitschrift für Medizin: Ein Patient soll im Wartezimmer einige Minuten warten müssen; es ist schädlich, daß seine Aufregung und gibt den Ärzten, als sei schon ein Patient im Sprechzimmer. Das Öffnen und Schließen der Tür eines Sprechzimmers muß so geschehen, als ob man eben einen Patienten entlassen habe. Auch ist es nötig, mit einigen größeren Silbermünzen zu klappern, denn es bedeutet dem Patienten, daß Vorgehen am Platze sei. Bei der Konsultation liegt das große Geheimnis des Erfolges darin, gut zu hören zu können; denn der Patient will stets beistehen. Reist mir einen guten Zuhörer und ich zeige euch einen Mann mit großer Praxis. Seid geduldig und erlaubt der Ringe des Patienten's große Schwankungen. Laßt niemals ein kleines lächelndes kleiner erscheinen, als es in Wirklichkeit ist. Im allgemeinen bewegt sich der Leidende gern in dem Glauben, daß er gefährlich krank war und sein ärztliches Honorar nicht umsonst gegeben hat. Hält sich vor unvorsichtigen Äußerungen, wie sie den Lippen junger, ehrlicher Praktiker entfließen, wie: „O, es ist nichts; eine richtige Diät bringt Sie gleich in Ordnung; Medizin ist überflüssig.“ Die meisten Menschen, die den Arzt aufsuchen, wünschen zu hören, daß sie wirklich krank seien. Können das Gegenteil zu sagen, heile sie zu Eiern stampeln. Neun von zehn Patienten sind nur leicht erkrankt; aber sagt ihnen die Wahrheit und sofort gehen sie, um sich von einem anderen Arzt behandeln zu lassen. Entlastet niemals einen Patienten ohne Rezept. Man schmecke sich nur nicht, recht viel Rezeptpapier bei jedem Patienten zu verschleudern, dann erkennt er, daß er etwas für sein Geld erhalten hat.

opd. Der Film in der Kirche. Nach Mitteilung des „Filmkuriers“ hat der Film bereits in nicht weniger als 44 000 amerikanischen Kirchen, darunter 17 000 katholischen, Eingang gefunden. Zur Darstellung kommen Szenen aus der Bibel, ergänzt durch Zitate in hellglänzender Leinwandchrift, und kleine Schaulpiele mit religiöser Tendenz. Auch in einer Berliner Kirche wird gegenwärtig unter großem Zulauf ein Filmwerk „Christus“ vorgeführt.

Nathenau-Prozess.

Leipzig, 10. Oktober. Nach Eröffnung der heutigen Sitzung wurde Frau Helene Kaiser als Zeugin aufgerufen und verurteilt. Sie ist Krankenschwester, und wartete an der Königsallee auf die Straßenbahn, als dort der Mordanschlag erfolgte. Sie schilderte den Vorgang. Der nächste Zeuge, Nathenau's Chauffeur, der den Wagen, in dem Nathenau erschossen wurde, führte, berichtete über den Vorgang, wie er sich hinter seinem Rücken abspielte. Der Chauffeur des Fabrikanten Küchenmeister in Freiberg in Sachsen, der auch sagte aus, er sollte im Auftrag Johann Küchenmeisters ohne Pinguette von dessen eigenem Chauffeur ihn und seinen jungen Freund fahren. Vorlesender: „War das so?“ Zeuge: „Natürlich.“ Vorlesender: „War noch jemand dabei?“ Zeuge: „Nein.“ Vorlesender: „Hörte ich auch zu Küchenmeister sagen: „Da wird die vordere Nummer verhängt und die hintere auch, oder sie wird abgeschraubt.“ Als ich mich bemerkte, sagte er zu mir: „Nicht wahr, so macht man das, wenn man ein Auto stiehlt?“ Ich erwiderte: „Weiß ich nicht, ich habe noch keines gestohlen.“ Später in Dresden hörte ich, daß ich nach dem Brand davon gesprochen habe, daß zum nächsten Waffensladen gefahren werden sollte.“ Angeklagter Lechow: „Auf die erste Ausfertigung kann ich mich nicht besinnen; wenn ich sie getan habe, sollte sie sich auf das besetzte Gebiet beziehen. Eine andere Ausfertigung kann ich schwerlich gemacht haben.“ Vorlesender: „Zeuge, sind Sie ganz sicher, daß von einer Waffenhandlung gesprochen wurde?“ Zeuge: „Natürlich.“

Im Fortgang des Nathenau-Prozesses sagte als Zeuge das Mitglied des Bundes der Aufrechten, Gymnasiast Stubenrauch, der beschuldigt wird, einen eigenen Mordplan ausgearbeitet zu haben, aus, er habe mit Günther nur theoretisch über die Erschießung Nathenaus gesprochen, die nur als äußerstes Mittel in Betracht kommen sollte. Er habe in diesem Zusammenhang gesagt, der Täter müßte den Mord im Auge erfassen und dann sich selbst. Günther sprach von der Wohnung des Kommerzienrats Mamrot als Tatort. Der Zeuge sagt weiter aus, er habe Günther schriftlich um die Hilfe der Organisation O zur Ausführung seines eigenen Mordplanes gebeten, doch habe er sich auf diese Weise nur einen Revolver verschaffen wollen. Bei einer Unterredung sei sein Plan von den Mitgliedern der Organisation O Kern und Fischer, deren Namen er damals nicht kannte, verworfen worden. Günther sagt aus, er habe den von Stubenrauch als theoretisch bezeichneten Plan ernst genommen. Die Vereidigung Stubenrauchs wurde wegen Verdachts der Teilnahme ausgesetzt.

Im weiteren Verlauf des Nathenau-Prozesses hat die Zeugin W. K. aus, Diesel habe aus Angst, ermordet zu werden, nach dem Befanntwerden der Tat nicht anzeigen wollen, daß er den mutmaßlichen Mörder unterkunft gewährt habe. Es folgen Vernehmungen über die Mitwisserschaft an dem Mordplan und an dem Verbleib der Körper der Täter. Der Angeklagte K. F. S. man gibt zu, daß er einen der Körper beiseite bringen wollte, da er die Täterhaftigkeit K. F. S. geahnt habe, nachdem er die Zeitungsmeldungen über die Mordtat gelesen hatte. Im Fall Tilleßen wird der Zeuge Brudwig aus Frankfurt a. M. vernommen. Er sagt aus, daß er keiner politischen Partei angehöre. Vorher sei er Mitglied der U. S. B. D. gewesen. Auf die Frage des Vorlesenden, was wollten Sie denn bei Tilleßen?, antwortete der Zeuge: „Ich wollte ihn kennen lernen. Er fragte mich, ob ich zuverlässig sei. Als ich dies bejahte, sagte er, dann können wir offen sein. Es handelt sich um die Organisation O. Mein Name allein ist schon ein Programm. Er erklärte, man kann die Verhältnisse nur verbessern, wenn die Arbeiterschaft provoziert wird. Dann ging er zum Schreibe, holte das Bild seines Bruders und sagte, das ist mein Bruderchen, er hat das erste Schwein geküßt. Darauf machte er mir das Angebot, als Spießköpfig zu sein. Dieses Angebot nahm ich an, warum, wird sich nachher zeigen. Um 11 Uhr war die Unterredung, um 2 Uhr fuhr ich nach München. Ich erhielt 2000 M., von denen ich einen Teil meiner Frau gab. In München suchte ich den Kapitänleutnant K. F. S. man an, der sagte, wenn Tilleßen Sie sieht, wissen Sie ja, worum es sich handelt. Ihre Tätigkeit würde darin bestehen, die Arbeiterschaft zu provozieren. Nur auf diesem Wege ist der Umsturz herbeizuführen. Die Arbeiterschaft würde gereizt werden, wenn Scheidemann, Nathenau, von Gerlach u. a. — die Namen sind mir nicht mehr im Gedächtnis — ermordet würden. Ich sollte vor allem Tilleßen persönlich zur Verfügung stehen.

Vorlesender: Gaben Sie sich den Anschein, mit der Ermordung Nathenaus einverstanden zu sein. — Zeuge: „Ich habe nur zugehört, solche Dinge hätte ich nicht erwartet. Ich bekam dann 2 oder 3000 M. und fuhr nach Frankfurt a. M. zurück. Dort ging ich zur Redaktion der „Volksstimme“ und fragte, was zu tun sei. Wir begaben uns hierauf zum Polizeipräsidenten Erler, der erklärte, vorläufig nichts tun zu können. Ich sollte versuchen, mehr zu erfahren. Damit begann meine Spießköpfige. Ich habe sie übernommen, weil mir der Polizeipräsident und die Redakteure moralische Deduktion versprochen haben. Ich ging darauf zu Tilleßen, der mich mit einem mir unbekannten Begleiter nach Berlin schickte. Dieser brachte mich dort in einem Lokal mit einem dritten Mann zusammen, der mir vertraute. Daraus mußte ich entnehmen, daß er wollte, ich sei in Tilleßen's Diensten. Da ich angeblich mit den Kasseler Verhältnissen vertraut zu sein, fuhr der Unbekannte mit mir nach Kassel. Ich gewann den rein persönlichen Eindruck, daß irgend etwas passieren könne oder müsse. — Der Verteidiger L. K. F. S. gibt die Erklärung ab, daß der Angeklagte Tilleßen besonderen Wert darauf legt, dem Zeugen Brudwig alsbald gegenübergestellt zu werden, daß, was Brudwig bis jetzt behauptet hat, widerspreche von A bis Z der Wahrheit. Zeuge Brudwig: Meine Angaben sind vollkommen wahrheitsgemäß und enthalten nicht einmal alles das, was Tilleßen gesagt hat. Ich nehme sie jederzeit auf meinen Eid. Um 2½ Uhr wird die Sitzung auf Mittwoch vertagt.

— Die Nationalhymne „Deutschland, Deutschland, über alles“ wird nach einem Erlaß im „Seeresverordnungsblatt“ gespielt: Bei einer Paradeaufstellung, deren Front der Reichspräsident abschrägt; bei Bestellung von Ehrenkompagnien usw., auf besonderen Befehl der Kommandostelle, die die Bestellung einer Ehrenkompagnie usw. angeordnet hat; an Bord von Schiffen der Reichsmarine, entsprechend den besonderen Anordnungen; bei festlichen Veranstaltungen dienstlichen oder außerdienstlichen Charakters, und zwar nach dem Hoch auf das Deutsche Reich. Sobald sich der Reichspräsident dem rechten Flügel der in Parade stehenden Truppe auf 80 Schritt genähert hat, schlagen Spielleute und Musikkorps zunächst den Präsentiermarsch (bei der Marine den Holländischen Ehrenmarsch) — die Trompeterkorps spielen die Paradehymne — und gehen dann, sobald der Reichspräsident bei der Allgottkrotte (Spielleute) der Truppe angelangt ist, in die Nationalhymne über. Von den Spielleuten wird dazu der Präsentiermarsch (bei der Marine der Holländische Ehrenmarsch) geschlagen.

— Seltener Todesfall. In Lindenkreuz in Thüringen lag vor einer zwölfjährigen Schülerin eine Schär Gänse auf und schlug dabei an den Hals der Knecht. Der zu Boden fallende Knabe verlor das Leben, das von dem elektrischen Strom auf der Stelle getötet wurde.

Schlesien.

Um das ober-schlesische Oberlandesgericht.

* Aus Juristenkreisen wird uns geschrieben:

In der ober-schlesischen Presse sind erregte Proteste gegen den Beschluß der Breslauer Stadtverordnetenversammlung erschienen, welche den Widerspruch des Magistrats gegen die Verweisung des gemeinschaftlichen schlesischen Oberlandesgerichtsbezirks und die Errichtung eines besonderen Oberlandesgerichts für die Provinz Oberschlesien gebilligt hat. Man erklärt, die Stadt Breslau habe jetzt ihr wahres Gesicht enthielt und wolle dem ober-schlesischen Volke seine Provinzialautonomie durch Quertreibereien sabotieren. Gegen die preussische Staatsregierung wird in aller Form eine Drohnote gerichtet für den Fall, daß der Schrei des ober-schlesischen Volkes nach dem neuen Oberlandesgericht in Neuthen nicht Gehör finden sollte.

Brüft man die Aufsätze auf ihren Inhalt, so drängt sich der Wunsch auf, daß die Frage, um die es geht, mit etwas mehr Sachkunde und etwas weniger Temperament behandelt werden möge. Es muß auch nicht immer die Volksseele zum Kochen gebracht werden, es geht oft ohne das viel besser!

In den Artikeln ist mehrfach die Rede davon, daß die Staatsregierung oder der preussische Justizminister die Errichtung des neuen Oberlandesgerichts in Neuthen bestimmt zugelegt hätte; an einer Stelle heißt es, „daß nach einer Erklärung des Herrn Justizministers die Errichtung des neuen Oberlandesgerichts nur noch von der Entscheidung des ober-schlesischen Provinziallandtages abhängig sei.“ Wir wissen nicht, inwieweit diese Behauptungen zutreffen. Das aber ist sicher, daß es sich bei der Verweisung des gemeinschaftlichen schlesischen Oberlandesgerichtsbezirks um eine nur im Wege der Gesetzgebung zu verwirklichende Änderung der Gerichtsverfassung handelt, daß also die Entscheidung letzten Endes nicht bei dem Justizminister oder der Staatsregierung liegt, sondern bei dem Landtage.

Man rede doch nicht von einer Sabotage der Provinzialautonomie, wenn das neue Oberlandesgericht nicht geschaffen wird. Mit der Provinzialautonomie hat die Gestaltung des Oberlandesgerichtsbezirks gar nichts zu tun. Bei den Erörterungen über die neue Provinzialverfassung ist — das muß gegenwärtig allen entgegengebrachten Behauptungen ein für alle Mal festgesetzt werden — niemals und nirgends von Oberschlesien der Wunsch nach einer Verweisung des lange Jahre bestehenden gemeinschaftlichen schlesischen Oberlandesgerichtsbezirks geäußert worden. Die Bestrebungen in der Richtung einer Erweiterung der provinziellen Selbstständigkeit lagen auf ganz anderem Gebiete. Sie betrafen die Regelung konfessioneller Verhältnisse im Volksschulwesen, das öffentliche Schulwesen überhaupt, das Städtewesen, die Jugendpflege sowie die Zulassung einer anderen Unterrichts- und Unterrichtssprache neben der deutschen Sprache in den gemischtsprachigen Teilen. Der Oberlandesgerichtsverband hat überhaupt mit der Provinzialverfassung nichts zu schaffen; etwas anderes kann nur glauben, wer keinerlei Kenntnis von unserer Provinzial- und Gerichtsverfassung und ihrer Entwicklung hat. Wir haben im Deutschen Reich Oberlandesgerichte, welche sogar über mehrere Länder früher Bundesstaaten) ihren Bereich erstrecken; hat man jemals etwas davon gehört, daß durch das gemeinschaftliche hanseatische Oberlandesgericht in Hamburg die Eigenart Bremens oder Lübecks beeinträchtigt worden ist? Oder hat die Eigenart der einzelnen thüringischen Staaten nur mit Abdrücken das gemeinschaftliche Oberlandesgericht zernichten?

Es gehört in unserer Zeit nachgerade einer Mut dazu, Fragen, die vorzugsweise berufsmäßiger Art sind, nicht ausschließlich unter irgend welchem politischen Gesichtspunkte anzusehen, sondern unter dem ihnen eigentümlichen berufsmäßigen. Immerhin sei es hier gesagt, und das muß es kurz und klar ausgesprochen werden, daß die Verweisung des bestehenden Oberlandesgerichtsbezirks für die heimische Rechtspflege nicht nur nicht notwendig, oder auch nur zweckmäßig, sondern geradezu schädlich erscheint. Haben sich denn bisher irgend welche Mängel ergeben? Nein, der schlesische Oberlandesgerichtsverband hat sich in langen Jahren durchaus bewährt. Das Breslauer Oberlandesgericht hat immer auf der Höhe seiner Aufgabe gestanden. Wer kann, um nur etwas besonders „Reizendes“ herauszugreifen, behaupten, daß jemals Klagen über mangelnde Objektivität in politischer oder konfessioneller Hinsicht erhoben worden seien? Präsidenten, wie der unbegreifliche Tierhaus, und Räte, auf die man mit Recht das Wort von den Musterbildern preussischer Justiz anwenden kann, haben dem Gericht seinen Charakter aufgeprägt. Daß sich hieran in der Zukunft etwas ändern sollte, das anzunehmen ist nicht der geringste Anlaß. Besonders befruchtend wirken von jeher auf die Rechtspflege bei dem Breslauer Oberlandesgericht die lebendigen Beziehungen zu der schlesischen Universität; mehrfach haben Mitglieder des Oberlandesgerichts an der Hochschule gelehrt, wie andererseits regelmäßig ein ordentlicher Rechtslehrer der Universität zugleich Mitglied des Oberlandesgerichts ist. Daß dies auch dem juristischen Nachwuchs, der bei den Gerichten in Breslau beschäftigt ist, wesentliche Vorteile bringt, liegt auf der Hand.

Eine Überlastung des Breslauer Oberlandesgerichts ist nicht zu befürchten. Bekanntlich ist durch die neueste Gesetzgebung das Tätigkeitsfeld der Oberlandesgerichte sehr wesentlich eingeschränkt worden: die gesamten Unterhaltungsachen und alle vermögensrechtlichen Streitigkeiten mit einer Streitwert bis 10 000 M. sind den Amtsgerichten überwiesen und damit den Obergerichten entzogen worden. Auch hierab abgesehen ist eine wesentliche Abnahme der oberlandesgerichtlichen Geschäfte zu erwarten. Außer andern Gründen wirkt schon die Höhe der Prozesskosten der Neuanlage sehr stark entgegen, die Berufungsinflanz anzunehmen. Bei dem Oberlandesgericht in Breslau fällt aber vor allem die Einbuße ins Gewand, welche sein Geschäftsbereich durch die Abtretung des industriereichen an der streitigen Gerichtsbarkeit vorzugsweise beteiligten Gebiets erleidet. Wenige trodene Zahlen: rund 875 000 Gerichtseingekasse sind in den Landgerichtsbezirken Neuthen, Oppeln, Gleiwitz und Ratibor ausgediehen. Über eine Million sind zurückgeblieben. Der Rest von Oberschlesien

hat vorwiegend ländliche Bevölkerung; fast neun Rehtel des Industrie ist in Fortfall gekommen. Von einer Überlastung des Oberlandesgerichts in Breslau kann danach für die Zukunft gar keine Rede sein.

In einem der oben erwähnten Artikel wird „der Genfer Vertrag mit seinen vielen Unklarheiten werde eine Rechtssprechung notwendig machen, die sich ganz besonders auf die Bedürfnisse und Rechtsanschauungen einstellt, wie sie eben durch das Genfer Abkommen geboren werden.“ Das soll ein Grund für die Verweisung des schlesischen Oberlandesgerichtsverbandes und die Neugründung eines ober-schlesischen Oberlandesgerichts sein! Was man sich der Verfasser dabei wohl gedacht haben? Gneist hat in seiner farastischen Art einmal gesagt: Der Hauptreiz vieler Erörterungen über Geichte und Gesetzgebungsfragen besteht darin, daß diejenigen, welche von den Geichten nicht eine Seite im Zusammenhang gelesen haben, die aufregendsten Reden halten an die Adressen derjenigen, die sie ebenfalls nicht gelesen haben. Der Genfer Vertrag regelt allerdings besondere ober-schlesische Verhältnisse.

Über der Vertrag ist Reichsrecht geworden. Die Rechtsverhältnisse, welche er behandelt, sind im weitesten Umfang den ordentlichen bürgerlichen Gerichten entzogen. Soweit dies nicht der Fall ist, können sie Gegenstand der Entscheidung eines jeden Deutschen Oberlandesgerichts und in letzter Instanz des Reichsgerichts sein. Will man etwa behaupten, daß eine sachgemäße Rechtssprechung auf dem Gebiete des Genfer Vertrages und des mit ihm verbundenen Gesetzgebungswerks nur von einem Gericht geübt werden kann, das in Oberschlesien seinen Sitz hat? Dann gründe man nur auch bald ein kleines Reichsgericht in Neuthen. Die Interessen der Rechtspflege weisen hier in ganz andere Richtung. Sie erfordern dringend Einheitlichkeit der Rechtssprechung für beide Schlesien, wie sie nur bei einem gemeinschaftlichen Oberlandesgerichtsverband gewährleistet ist. Es ist unumgänglich, daß bei der engen kulturellen und wirtschaftlichen Verknüpfung Schlesiens im Falle einer Teilung des bestehenden Oberlandesgerichtsverbandes sich das nieder-schlesische wie das ober-schlesische Oberlandesgericht gerade auch infolge des Genfer Vertrages mit Fragen zwischenstaatlichen Rechts würde befassen müssen, über welche eine bewährte, insbesondere höchstgerichtliche Rechtssprechung noch nicht vorliegt. Diese dürfen nur einheitlich behandelt und entschieden werden, wenn nicht eine verhängnisvolle Unsicherheit Platz greifen soll. Das Genfer Gesetzgebungswerk ist kein besonderes ober-schlesisches Recht, so wenig wie es bisher ein solches gegeben hat. Wohl aber bestehen seit langer Zeit für ganz Schlesien gemeinschaftliche lokale und provinzielle Rechte.

Diejenigen, welche davon sprechen, daß Neuthen durch das neue Oberlandesgericht entschädigt werden müsse, daß dieses eine Stärkung des Deutchtums sein werde, haben sich die Frage der Existenzfähigkeit des zu gründenden Oberlandesgerichts offenbar nie vorgelegt. Es ist oben von dem Rückgang der Geschäfte der Oberlandesgerichte, so insbesondere des Oberlandesgerichts in Breslau die Rede gewesen. Die Vorkämpfer für das Oberlandesgericht in Neuthen führen selbst an — wenigstens ein Teil von ihnen — welche Einbuße an Gerichtseingekasse Oberschlesien durch die Abtretung erlitten hat. Ja, aber ist denn die Mehrheit der Medaille nicht das geringe Tätigkeitsbereich, welches für das neue Oberlandesgericht übrig bliebe? Daß durch ein derartiges Zergewerben das Deutchtum gefördert werden könnte, ist ein absurder Gedanke.

Der Plan der Neugründung hat doch aber auch seine erhebliche finanzpolitische Bedeutung. Es geht die Sage, daß in der Verwaltung größte Sparlichkeit geübt werden müsse und werde. Allein die Neueinrichtung des Oberlandesgerichts würde eine Anzahl von Millionen verschlingen; schon die Beschaffung der erforderlichen Bibliothek stellt eine Ausgabe von mehreren Millionen dar. Und daß die dauernden Unkosten zweier Oberlandesgerichte weit größer sind als diejenigen eines einheitlichen, zumal in einer Zeit, in welcher die Gehälter der hohen Beamten bis in die siebenstelligen Zahlen klettern, sieht doch wohl jeder ein. Will man wirklich Staatsgelder für ein solches zweckmäßiges noch notwendiges, sondern geradezu den Interessen der Rechtspflege und den allgemeinen Interessen abträgliche Unternehmen hinauswerfen? Nirgends ist ein wohl gegründetes Interesse des ober-schlesischen Volkes an der Neugründung zu erblicken.

In einem Artikel heißt es, es würde für die ober-schlesische Geschäfts- und Handelswelt eine unerträgliche Belastung bedeuten, wenn etwa die Prozessführenden gezwungen werden sollten, immer nach Breslau zu fahren. Bekanntlich bildet die persönliche Anwesenheit von Parteien und Zeugen und die persönliche Erteilung von Information in dem Berufungsverfahren eine verschwindende Ausnahme; und ist es denn Wein und Marter für die ober-schlesische Bevölkerung, wenn sie einmal nach Breslau fährt? Kommt die ober-schlesische Geschäfts- und Handelswelt wirklich nur einmal im Jahre oder niemals dorthin? Nach unsern Informationen haben sich gewichtige Stimmen der ober-schlesischen Industrie und Landwirtschaft entschieden für die Beibehaltung des gemeinschaftlichen Oberlandesgerichtsbezirks ausgesprochen. Inwieweit dabei die Überzeugung eine Rolle spielt, daß es durchaus nicht unerwünscht ist, wenn das Berufsgericht dem Schauplatz der Ereignisse ein wenig ferner liegt, soll hier nicht erörtert werden. Im übrigen ist gerade Neuthen von einzelnen Teilen Oberschlesiens durchaus nicht leichter erreichbar als Breslau; und seine Lage an der polnischen Grenze ist für eine Zentralbehörde so ungeeignet wie nur möglich.

Schließlich soll man nicht in beweglichen Aufrufen und Reden verharren, Oberschlesien bedürfe der Anlehnung an ein kulturell und wirtschaftlich gefestigtes Sinterland, solchen Worten müssen auch Taten entsprechen. Das bedeutet, daß diejenigen Vände, welche ohne jede Beeinträchtigung der ober-schlesischen Eigenart die beiden Schlesien verknüpfen, nicht zerissen werden dürfen. Der Wert, den eine solche Verknüpfung durch einen gemeinschaftlichen Oberlandesgerichtsverband hat, gerade deshalb, weil die Verbindung unpoltischer Natur ist, müßte eigentlich jedem klar sein.

Deutscher Geographentag Breslau 1923.

pa. Man schreibt uns: Mit dankbarer Genugtuung ist es zu begrüßen, daß die deutschen Geographen auf ihrer letzten Tagung in Leipzig trotz dringlicher anderweitiger Einladungen beschloßen haben, die Aufforderung der Stadt Breslau anzunehmen und ihre nächstjährige Zusammenkunft in Breslau abzuhalten. Ist doch Breslau und unter Schlesien nicht um-

Graeger & Sekt Hochheim a. Main

Generalvertreter für Breslau u. Schlesien: Ferdinand Pavel, Breslau 23, Fichtestraße 16, Fernspr. Amt Ohio 1542.

sonst einem Außenbaldern des Deutschtums verfallen worden, vorgeschoben zwischen Tschechien und Polen weit nach Südosten, von allen Seiten bedroht vom feindlichen Ansturm, der ihm schon wertvollsten Besitz geraubt hat. Und ist doch für uns aller Anlaß gegeben, den Anstoß an unser Volk darum umso enger zu gestalten, umso breiter den Strom deutschen Lebens unsere Heimat durchfluten zu lassen. Jede Möglichkeit mit deutscher Kultur und deutscher Wissenschaft in unmittelbare Fühlung zu treten, ist für uns Schüler von unerschöpfbarem Werte und die Gelegenheit, viele hundert geographisch interessierter Männer und Frauen aus allen Teilen Deutschlands mit schlesischem Leben und schlesischen Bedürfnissen bekannt machen zu können, aufs freudigste zu fördern. Verursachen die Vorbereitungen für die wissenschaftliche Tagung, für Ausstellungen und Veröffentlichungen, für Exkursionen und Besichtigungen, für die Unterbringung der Teilnehmer usw. auch erhebliche Kosten, die durch die Mitgliederbeiträge nicht gedeckt werden können, — ein wissenschaftliches Unternehmen von solcher Bedeutung darf trotz der Not der Zeit an der Geldfrage nicht scheitern. Hierfür Sorge zu tragen, ist die unabwiesbare Pflicht eines jeden Schülers. Beiträge nimmt das Banthaus Eichhorn u. Co., Blicherplatz, entgegen. Postsendungen sind mit dem Vermerk „für den Geographentag“ zu versehen.

Kriegshellbäder-Syndikat.

§§ Zur Ermöglichung eines Besuches von Heilbädern namentlich durch den Mittelstand will ein unter dem Ehrenprotectorat des Generalfeldmarschalls von Hindenburg und unter dem Ehrenvorsitz des Prinzen Eitel Friedrich von Preußen gebildeter Aktionsausschuß einer größeren Anzahl hervorragender Persönlichkeiten eine Aktiengesellschaft mit der Bezeichnung „Kriegshellbäder-Syndikat“ gründen. Wie namentlich die Erfahrungen des letzten Sommers gezeigt haben, ist es insbesondere dem größten Teil des gebildeten Mittelstandes nicht mehr möglich, die nach dem Weltkrieg und der Umwälzung immer stärker sich fühlbar machenden Gesundheitsbeschädigungen durch den Besuch von Bädern durchgreifend zu überwinden. Für die Schwerebeschädigten ist wohl gesorgt, nicht aber für diejenigen, bei denen zunächst eine zum Bezug einer Rente berechtigende Beschädigung oder Schädigung nicht festzustellen war, bei denen diese Beschädigungen oder Schädigungen ähnlich wie nach dem Kriege 1870/71 erst nach Jahren hervortreten. Auch Frauen und Kinder werden noch lange unter den Einwirkungen der Überanstrengung und der Entbehrung zu leiden haben. Unser Volkkörper ist, wie von den hervorragenden Ärzten Tag für Tag festgestellt wird, schwer krank und wird Jahrzehnten zur völligen Genesung gebrauchen. Dabei kommen in erster Linie die Heilbäder in Betracht, deren Besuch aber heutzutage im ausreichenden Umfang nur den neuen Reichs- und Kriegsgewinnlern, Schiefern und Ausländern möglich ist. Der Aktionsausschuß glaubt nach sorgfältiger Prüfung der in Betracht kommenden Verhältnisse durch die berufensten Sachverständigen aus geschäftlichen und ärztlichen Kreisen eine ganz wesentliche Verbesserung herbeiführen und deswegen auf die Beteiligung weitester Kreise an der Zeichnung von Aktien rechnen zu können. Der Ausschuß, dessen Vorsitzender Detlef Graf von Moltke ist, hat seinen Sitz in Berlin-Schöneberg, Bogener Straße 8 I, Postfachkonto Berlin 116 047.

Warnung vor wilden Kartoffelhändlern!

* Laut Verordnung vom 23. Mai d. J. ist das unmittelbare Aufkaufen von Kartoffeln beim Erzeuger durch nicht konfessionierte Händler oder Verkäufer verboten. Die eingeführten Deamentenorganisationen für die Kartoffelversorgung haben nur die Aufgabe, Geldmittel bereitzustellen. Dem Vernehmen nach sind wieder wie im vorigen Jahre wilde Händler und Verkäufer tätig und überbieten sich. Außer diesen Leuten macht sich auch der Verkäufer strafbar. Da durch diesen Zustand die Versorgung Schlesiens gefährdet wird, bittet der Schlesische Landbund um sofortige Meldung eines jeden Falles. Der Landbund kann jederzeit Händler nachweisen, die auf Lieferungsverträge Vorstöße leisten, die Kartoffeln zur Breslauer Notiz am Lieferstage abnehmen und bezahlen. Den Landwirten wird empfohlen, der Arbeitsgemeinschaft des Kartoffelhandels und der Landbündgenossenschaften in Breslau II (Rauentienstraße 104, Fernsprecher Ring 7824 und Ohle 865) einen Teil ihrer Kartoffelernte unter diesen Bedingungen zur Verfügung zu stellen.

Sozialdemokratie und Rechtsprechung.

= Am letzten Mittwoch wurden vom Gerichtshof Schöffengericht, wie bereits in Nr. 472 d. Bg. berichtet, vier der Sozialdemokraten, die im Warmbrunn nach einer Rathenau-Demonstration das Rathaus gestürmt, den Wirt größtenteils mißhandelt und eine schwarz-weiß-rote Fahne geraubt und zerrissen hatten, wegen Landfriedensbruchs zu Gefängnis- und Geldstrafen verurteilt. Dies haben die Warmbrunner Sozialdemokraten zum Anlaß genommen, nicht etwa die verübten Ausschreitungen, sondern die Justiz zu verurteilen. Sie veranfaßten eine „öffentliche Volksversammlung“, in der der Parteiführer Gieseler über die heutige Justiz im allgemeinen und Stadtrat Langer über das Urteil vom 4. Oktober sprachen, worauf eine Entschließung angenommen wurde, die das Urteil für einen Fehlpruch erklärt, der aufgehoben werden müsse. Weiter behauptet die Entschließung, die Verurteilten hätten beruhigend (1) auf die durch das Ausschlagen der schwarz-weiß-roten Fahne erregte Volksmenge gewirkt und bezeichneten es als unverständlich, daß die Gieseler Staatsanwaltschaft die Schlichter der Republik ins Gefängnis werfen wolle. Zum Schluß folgt natürlich eine Drohung: aus solcher Handhabung der Gerechtigkeit würden die Führer ihre Konsequenzen ziehen und die Schuld bei etwaigen späteren Zusammenstößen und Mordtaten auf diejenigen abwälzen, die denartige Fehlprüche fällten.

[Freitag.] # Namslau, 8. Oktober. Unter Vorsitz des Landrats Dr. Radisch fand in der vergangenen Woche eine Kreisversammlung statt. Er nahm Kenntnis von den Jahresberichten für die Jahre 1915 bis 1921. Dann beschloß die Versammlung einstimmig auf Antrag des Kreisamtschusses die Übernahme der dauernden Unterhaltung der 1120 Meter langen Privatbahnstrecke 1. Ordnung von der Obischauer Chaussee nach Nauchendorf auf den Kreis. Weiter wurde einstimmig beschlossen, im Kreise drei Weißbierwirtschaften einzurichten, und für jede jährlich 10 000 M. zu bewilligen. Zur Bedienung wurde gemacht, hierbei besonders schwierig zu bewirtschaftende kleinere Besitzungen mit leichten Wägen in erster Linie zu berücksichtigen. Dem Landrat wurde eine Aufwandsberechnung in der vom Kreisamtschuß beantragten Höhe bewilligt, und für die Teilnahme an den Sitzungen des Kreistages und des Kreisamtschusses wurde in Anbetracht der Geldentwertung die Entschädigung erhöht, für Namslauer Mitglieder auf 50 M. und für auswärtige Mitglieder auf 100 M. Die Besoldungsordnung für die Beamten und Dauerangestellten wurde in der vorliegenden Fassung angenommen. Der Kreisbahnhaltplan für 1922 wurde in Einnahme und Ausgabe auf 8 092 000 M. festgesetzt. Der zu deducierende Pachtbetrag soll in folgender Weise umgelegt werden: a) Zu 50 Prozent auf die einzelnen Gemeinden und Ortsbezirke im Rechnungsjahre 1920 überweisen Anteil an der Reichseinkommensteuer, b) zu 50 Prozent auf das Soll der vom Staate veranlagten Realsteuern einschließlich der Betriebssteuer mit der Maßgabe, daß die Grundsteuer siebenmal höher herangezogen wird als die

Realsteuern. Ein aus der Mitte der Versammlung gestellter Antrag, dem hiesigen Krippelheim eine jährliche Beihilfe von 3000 M. zu bewilligen, wurde angenommen. Darauf wurde u. a. einer neuen Kreissteuerordnung zugestimmt. Hierauf erfolgte die Wahl.

* Streichen, 9. Oktober. Am 6. d. M. wurde in Eisenberg die neue evangelische Kirche eingeweiht, nachdem die alte 1920 durch Blitzschlag eingestürzt worden war. Der Neubau ist durch die Opferwilligkeit des Kirchenpatrons, Rittergutsbesitzer Herbert Walter auf Eisenberg, ermöglicht, welcher freiwillig fast die gesamten Kosten trug. Architekt S. Walsch aus Breslau hat den Bauplan entworfen. Den Weibstall vollzog in Vertretung des Generalsuperintendenten Oberkonsistorialrat Bojanowski. Der Innenraum des neuen Gotteshauses zeigt reine Barockform; die äußere Gestalt ist der des alten Kirchleins möglichst angenähert worden, um das vertraute Landschaftsbild zu wahren.

r. Münsterberg, 9. Oktober. Im hiesigen Gefängnis verübten tschechische Gefangene am 6. d. M. abends einen Diebstahl auf den ausbühnweise beschafften Gefangenen-ausschlag. Beim Einräumen von Strohsäcken in die Kellen stülten sich die wegen schweren Diebstahls zu mehrmonatigen Gefängnisstrafen verurteilten Verbrecher hinter die aufsteigende, der fast bewußtlos am Boden liegen blieb. Sie entrieffen ihm dann die Schlüssel und ließen von ihnen gelang es zu entfliehen, nämlich dem Maurer Friedrich Spielvogel aus Freimühlbau und dem Arbeiter Karl Meibach. Der dritte Ausreißer wurde von anderen Gefangenen im Hausflur festgehalten, bis Hilfe kam.

=Schweidnitz, 9. Oktober. Am Sonnabend vormittag wurden bei der 8. Batterie des Artillerie-Regiments 8. der Tabulationsbatterie des ehemaligen Feldartillerie-Regiments Nr. 57, Gebel-Lafeln für die im Weltkrieg gefallenen Angehörigen des ehemaligen Regiments feierlich eingeweiht. Eine in der Soldatenschule in Warmbrunn gefällte Tafel, die zummarisch die Anzahl der Gefallenen auflistet (80 Offiziere, 52 Unteroffiziere, 265 Gefreite und Kanoniere) war von Major a. D. Schroeter, im Kriege Führer der 8. Batterie, drei andere Tafeln, die die Namen der Gefallenen auflisten, waren von der Batterie gestiftet worden.

Lokales.

Gegen die weltliche Schule in Breslau.

ops. Die ganze Empörung, die in der evangelischen Elternschaft Breslaus über das Vordringen der Schulverwaltung, jetzt zwei weltliche Schulen (religiöslose Sammelklassen) in Breslau zu errichten, herrscht, brach in einer großen Elternversammlung am Sonntag vormittag im Ringensaal elementar durch. Obgleich die Reichsverfassung ausdrücklich eine Änderung unseres Schulwesens bis zum Erlaß des Reichsschulgesetzes und der Landesgesetze ausschließt, wollen gewisse Kreise, über deren geringe Anhängerschaft der Ausfall der letzten Elternratswahlen keinen Zweifel lassen hat, vorzeitig die weltliche Schule durchsetzen, wollen Schulverwaltung und Regierung die Genehmigung nicht verweigern. Schutz der Verfassung! Gleiches Recht für alle, für die Regierenden und Regierten, auf Grund der Verfassung. Es fragt sich, soll in unserem Lande die Verfassung gelten oder die Willkür den Ausschlag geben. Auch die Evangelischen leiden unter den Verhältnissen und stellen doch die Erfüllung ihrer Wünsche bis zur gesetzlichen Regelung zurück: sie tragen den unbilligen Zustand, daß an evangelischen Schulen in Elternbeiträgen Menschen sitzen, die vom Christentum nichts wissen wollen. Mit den Angehörigen der weltlichen Schule der augenblickliche Zustand nicht erträglich, so sollten sie die reichsrechtliche Regelung beschleunigen, die längst getroffen wäre, wenn sie nicht bisher das gehindert hätten. Weil man glaubt, die ärztlichen Eltern würden doch gute Miene zum bösen Spiel machen, weil man fürchtet, die andere Seite würde zum Schulstreik auffordern, darum wird das öffentliche Recht der evangelischen Eltern mit Füßen getreten, und die, die Güter der Verfassung sein sollten, geben sich dazu her, dem Staat gegen die Verfassung nachzugeben. Der beste Weg, alle Staatsautorität zu untergraben! Und mit dieser Erklärung der weltlichen Schule soll ausgerechnet mitten im Schuljahr die Umstellung vieler Kinder verbunden sein. Wo bleibt die Rücksicht auf den geordneten Schulbetrieb, auf die Kinder, die nun herausgerissen werden sollen? Schon im vorigen Jahre haben die Eltern sich Umstellungen gefallen lassen müssen, weil die Stadt sparen wollte und im Schulwesen sparen mußte, während sie für andere, gewiß schönere, aber nicht lebensnotwendige Dinge, man denke an die Gerhart-Hauptmann-Spiele, Geld hat. Die Gebildeten der evangelischen Eltern und Erzieher ist zu Ende, das zeigte die erregte Aussprache, die in einer Entschiedenheit folgenden Wortlauts ihr Ende fand:

„Die am 8. Oktober im Ringensaal versammelten evangelischen Eltern Breslaus halten es für ihre ernste Pflicht, noch einmal ganz entschieden Verwahrung dagegen einzulegen, daß die sogenannten religiöslosen Sammelklassen nun doch, nach den heftigsten Entschiedenheiten, bestehen sollen. Sie müssen es als eine Verneinung der Elternrechte bezeichnen, daß um einer geringen Minderheit willen mitten im Schuljahr solche Unruhe und Unordnung in den gesamten Schulbetrieb hinein getragen wird. In letzter Stunde fordern die Eltern dringend, davon abzustehen. Andernfalls müßten sie etwaige Folgen den zuständigen Behörden zur Last legen, zumal da diese Kreise der evangelischen Elternschaft zum Schulstreik drängen. Sie fordern endlich vom Reichstage die gesetzliche Regelung der Schulfrage und die sofortige Verabschiedung des Reichsschulgesetzes, damit endlich unser gequältes Volk in dieser Sache zur Ruhe kommt.“

Psychopathenfürsorge.

Im Anschluß an die Breslauer Zentrale für Jugendfürsorge hat sich hier im vergangenen Jahre ein Ausschuß zur Fürsorge für jugendliche Psychopathen gebildet, bestehend aus Vertretern der Behörden, Organisationen und Einzelpersonen, die mit Jugendpflege und -erziehung befaßt sind. Es galt, einer Gruppe von Kindern, die unter der allgemeinen Verwahrlosung der Jugend am meisten litt, zu Hilfe zu kommen, nämlich den nervösen und geistig abnormen Kindern, die mit einer angeborenen Schwäche des Nervensystems befaßt sind, den sogenannten „psychopathischen Kindern“. Infolge angeborener Gefühls- und Willensstörungen können sie sich schwer anpassen und einordnen, machen daher von klein auf erhebliche Erziehungs-schwierigkeiten und begehen mehr oder weniger grobe Verstöße gegen Ordnung und Recht. Ein großer Teil der Fürsorgeglinge besteht aus solchen abnormen Kindern. Sie stellen ein großes Kontingent an den Gewohnheitsverbrechern, Landstreichern, Prostituierten und auch an den Geisteskranken. Die Beratungsstelle wurde Museumstraße 9 II, Zimmer 816, am 18. September 1921 eröffnet und bis 30. Juni 1922 von insgesamt 603 Ratfuchenden ein- oder mehrmals aufgesucht. 252 jugendliche wurden in dieser Zeit der Fürsorge der Beratungsstelle überwiesen. Die Zahl der Ratfuchenden, die in dieser verhältnismäßig kurzen Zeit die Beratungsstelle aufgesucht haben, beweist, wie notwendig diese Einrichtung war. Die ganze Arbeit, deren Nutzen aus den angeführten Zahlen zur Genüge hervorgeht, kann aber nur dann planmäßig in weitestgehender Weise geleistet werden, wenn die materielle Grundlage gesichert ist. Zur Mitarbeit ist jeder berufen, dem der sittliche Wiederaufbau unseres Volkes am Herzen liegt. Zum mindesten kann jeder durch Spenden von Mitteln sich wirksam daran beteiligen.

25 Jahre „Floss-Lentonia“ Breslau.

a. Das Fest wurde eingeleitet durch einen Festkommers am Sonntagabend, der bei zahlreichem Besuch einen wohl gelungenen Verlauf nahm. Eine außerordentlich starke Beteiligung herrschte gleichfalls an dem am Sonntag stattfindenden Saalportfest in den Räumen des Konzerthauses. Die eigentliche Feier wurde eröffnet durch ein von Herrn Schmidt geleitetes Orgelpräsidium. Die aufmarschierenden Vereinsabteilungen begrüßte dann zunächst — nach einem von Hrl. Grimbels gesprochenen Prolog von Georg Dehmel — der 1. Vorsitzende des Vereins, Herr Max Linzer. Nach ihm sprach der Gewerkschafts- und Justizrat Roth, dem Jubelverein die Glückwünsche des Gaus aus unter Über-

reichung eines Silberkruges für das Vereinsbanner. Nach einem sorgfältig ausgearbeiteten Bewilligungsvortrag der Frau Leinow und einem neit eingeleiteten Auktionsabend der Jungmänner des R.-V. „Adler“ (Breslau), wurden von mehreren teilnehmenden Vereinen Schmausreden vorgelesen, die in Aus-schüttung und Mannigfaltigkeit allen Sport zeigten. Verblüffende Leistungen bot als Einzelspieler der jugendliche Gerhard Heidenreich vom R.-V. „Adler“. Ebenso war es eine Freude, den Adler- und den Sechser-Niederrad-Rennreigen der verschiedenen Vereine zuzusehen. Bei dem Einer-Kunfahnen bildete Gustav Schmidt (R.-V. „Caputh“, Potsdam) eine Klasse für sich. Das Hauptinteresse des Abends konzentrierte sich jedoch auf die Spiele um den kleinen und den großen Jubiläumsschallpreis.

Im einzelnen waren die Ergebnisse folgende: Adler-Schmausreden: 1. „Stern“ Breslau (7,80 Punkte); 2. „Stern“ Breslau (7,75); 3. „Stern“ Breslau (7,54); 4. „Stern“ Breslau (7,07 Punkte). — Sechser-Niederrad-Rennreigen: 1. „Sport“ Breslau (12,87 Punkte); 2. „Adler“ Breslau (12,12); 3. „Stern“ Breslau (11,31). — Einer-Niederrad-Rennreigen: 1. Gustav Schmidt, „Caputh“ Potsdam (54,01 Punkte); 2. Nomonh, R.-V. Neisse (47,01); 3. Jagow, „Falken-Tempo“ (44,08); 4. Sauer, 1. Schweidnitzer R.-V. (41,08 Punkte).

Klasse B. Kleiner Jubiläumsschallpreis: 1. Vorspiel: „Falken-Tempo“ Breslau gegen R.-V. „Falken“ (2:0); „Bürgerlicher Radfahrer-Verein“ Bries gegen R.-V. „Stern“ (2:0); 1. Breslauer R.-V. gegen R.-V. „Adler“ (2:1); Radfahrer-Niege des Glogauer Turnvereins gegen R.-V. „Sport“, Breslau (0:3); 2. Zwischenspiele: Neisse gegen 1. Breslauer R.-V. (2:1); „Falken-Tempo“ gegen „Bürgerliche“ Bries (4:8) nach dreimaliger Spielverlängerung. 3. Ausscheidungs-spiel: Neisse gegen „Sport“ (7:1). 4. Endspiel: Neisse gegen „Falken-Tempo“ (0:10).

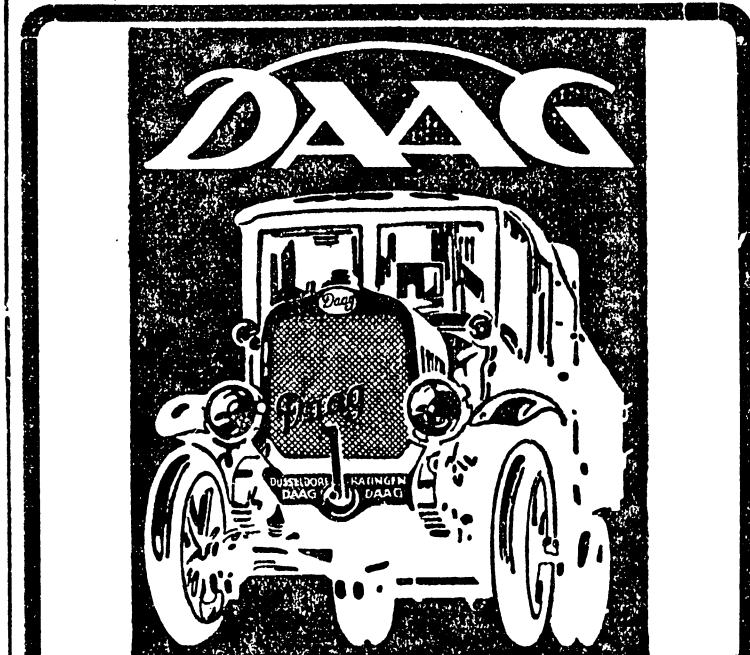
Klasse A. Großer Jubiläumsschallpreis. 1. Vorspiel: R.-V. Groß-Viktoria gegen R.-V. „Amicitia“ Bries (8:3); „Sport“ gegen R.-V. „Oberab“ Frankfurt a. Main (6:4); Velo-Club „Am der Elbe“ Bries gegen R.-V. 1887, Breslau (4:3); R.-V. Schweidnitz 1889 gegen „Falken-Tempo“ (6:1); R.-V. „Adler“ gegen „Bürgerliche“ Bries (11:3). 2. Zwischenspiele: Viktoria gegen „Sport“ (2:3); Bries gegen Schweidnitz (5:11). 3. Ausscheidungs-spiel: „Adler“ gegen „Sport“ (6:8). 4. Endspiel: a) um den 3. und 4. Preis: Viktoria gegen Bries (3:4); b) um den 1. und 2. Preis: „Adler“ (Gebr. Heidenreich) gegen Schweidnitz (Gebr. Stolze) (0:18).

Verchiedene Nachrichten.

— Folgende Klage über ungeheißte Schulklassen geht uns aus Elternkreisen zu: Wie heute früh in allen städtischen Schulen Breslaus bekannt gegeben wurde, hat der Magistrat angeordnet, daß bis zum 1. November die Räume nicht geheizt werden dürfen. Angeblich sollen, um Überschreitungen des Verbots zu verhindern, bis zu diesem Termin auch keine Kohlen geliefert werden, die Heiz- ihren Dienst nicht antreten dürfen. In den Klassen herrscht nun bittere Kälte, gegen die selbst der Mantel nicht schützt. Die Schüler sind kaum imstande, mit den erfrorenen Fingern etwas niederschreiben. Erkrankungen, vor allem der Atmungsorgane, sind die natürliche Folge des langen Sitzens in den eisenen Räumen. Einige Direktoren haben ihre Schüler nach Hause geschickt und werden auch weiter so verfahren. Dann hätte man lieber gleich die Heizkessel verlängern lassen. Oder hätte nicht an Kohlen für andere Räume, z. B. Magistratsbüros, Kinos, gespart werden können?

— Die Arbeitsgemeinschaft deutscher Frauen macht alle heim-arbeitenden Frauen des Mittelstandes und der gebildeten Stände aufmerksam auf den Vortrag der Abgeordneten Frau Margarete Behm aus Berlin über „Die Not und die Ausbeutung der nicht organisierten Heimarbeiterinnen“ am Freitag, den 18. Oktober, nachmittags 6 Uhr, im Pfarrhaussaal der Elisabethkirche, Herrenstraße.

— Ein bekanntes Raubangerebter, die Mündung des sog. „Pampasgrabens“ in der Gemarkung Mansern (des Hauptabwässers-anals der Oberrheinischen Pfalz) ist vom Regierungspräsidenten als Fischschonbezirk erklärt worden, was von allen sportgerechten Anglern sicher mit Genugtuung begrüßt werden wird. Die Verbotstrecke reicht von der vierten Wühne oberhalb der Pampas-grabenmündung bis zur Weidenmündung (9. Wühne) und zwar bis zur Mitte des Oberstroms, also von Stromkilometer 285,8 bis 286,8. Da durch die Verbotserklärung die rechtliche Grundlage für eine gerichtliche Bestrafung der Räter geschaffen ist, dürfte das Angeln auf der bezeichneten Strecke künftig ein „teures Vergnügen“ werden. Eine häufige Abstreifung der Strecke durch Polizeibeamte ist vorgesehen.



Als 12 Jahre bestehende Spezialfabrik liefern wir neben dem normalen Typ für 1½-2, 3-3½ und 4-5 Tonnen Nutzlast mit Pritschenaufbau

Spezial-Lastautos

wie: Kippwagen, als Seiten-, Hinterrad- und Universalkippwagen nach allen Seiten kippbar, geeignet für schwere Massen- Güter, Schütt- und Schmelz-Gut jeder Art. Kastenwagen für alle Spezialgeschäfte wie Schokoladen- und Eisfabriken, Konsumvereine u. dergl. Möbelwagen, offen und geschlossen für Umzugs- und Transportzwecke.

Die neuen DAAG-Einheitswagen mit patentierter Motorbremse und zahlreichen auto-technischen Neuerungen haben sich als ganz besonders leistungsfähige, einfache und betriebssichere Kraftwagen in den Industrie- und Handelskreisen eine anerkannte Vorzugsstellung errungen.

Alle normalen Typen zum Festpreis sofort lieferbar.

Man verlange Angebot.

Deutsche Last-Automobilfabrik A.-G.

Ratingen-Düsseldorf.

Vertreter: Ernst & Co., Breslau 5, Gartenstr. 53/55. — Teleph. Ohle 1539. Musterwagen hier zur Verfügung.

**Ein nagelneues
Dampfpfugseil,
450 m lang, zu großem,
starkem Dampfdruck verzt.
Dominant Fischkohl
bei Gray. [1**

**Strohpresse-
Bindedraht**
Hefert sofort [9
Gehr. Weiss, Breslau

Vertreter-Lager: Kurt Franziskus, Breslau, Webskystraße 11. (3

Statt Karten!

Die Verlobung unserer Tochter
Erika mit dem Oberleutnant im
Artillerie-Regiment Nr. 3 Herrn
Hanns Krause geben wir hierdurch
bekannt.

Wanglawe, im Oktober 1922.
Post Patzsch, Bez. Breslau.

Richard Martin
und Frau Margarete,
geb. Wermelskirch.

Meine Verlobung mit Fräulein
Erika Martin, Tochter des Ritter-
gutsbesizers Herrn Richard Martin
und seiner Frau Gemalin, geb.
Wermelskirch, gebe ich hierdurch be-
kannt.

Frankfurt a. O., im Oktober 1922.
Grüner Weg 11.

Hanns Krause,
Oberleutnant im Art.-Regt. Nr. 3.

Die Verlobung unserer Tochter
Selma mit dem Studiendirektor
Herrn Paul Grund geben wir hier-
durch bekannt.

Ratibor, im Oktober 1922.

Robert Glusa und Frau
Hedwig, geb. Jordan.

Meine Verlobung mit Fräulein
Selma Glusa, Tochter des Wein-
kaufmanns Herrn Robert Glusa
und seiner Frau Gemalin Hedwig,
geb. Jordan, zeige ich ergebenst an.

Osteln, im Oktober 1922.
Rosenbergstraße 13.

Grund, Studiendirektor.

Ihre am 7. Oktober vollzogene
Vermählung zeigen an

Edmund Reiserstein
und Frau Friedel, geb. Polke.
Breslau, Kaiserstraße,
Berlin, Kaiserliche,
a. St. Dresden, Weißer Hirsch.

Die glückliche Geburt eines ge-
sunden Mädchens zeigen hoch-
erfreut an

Staatsanwaltschaftsrat Tormann
und Frau Elisabeth,
geb. Oldenburg.

Breslau, den 10. Oktober 1922,
Privatlinik Dr. Nothe.

Statt jeder besonderen Anzeige.

Gestern abend verschied nach kurzem
Leiden unser innigstgeliebter, herz-
guter Vater, Schwiegervater, Groß-
vater, Urgroßvater, Schwager und
Onkel, der

Königl. Hauptmann a. D.
Felix John

im 82. Lebensjahre.

Breslau 13, Auguststraße 79, L.
Gleiwitz Oe., Wien, 10. Oktober 1922.

In tiefer Trauer
ausgleich im Namen aller Hinterbliebenen

Frau Geh. Reg.-Rat
Gertrud Kapfke, geb. John.

Frau Hofrat
Else Nowotny, geb. John.

Frau General
Lucie von Steinsberg, geb. John.

Beerdigung: Freitag, den 13. d. M.,
nachm. 3 Uhr, von der Städtischen
Kapelle des Gräblichener Friedhofes aus.

Am 9. d. M. verschied zu Breslau
unser Gesellschafter

Herr Hauptmann a. D.

Fritz Voelkel.

Wir werden ihm übers Grab
hinaus ein treues Gedenken be-
wahren.

Schönfeld (Graßh. Platz).

P. Forelle & Voelkel

G. m. b. H.

Am 9. d. Mts. verschied plötzlich
und unerwartet unser hochgeachteter
Chef,

Herr Hauptmann und Fabrikbesitzer

Fritz Voelkel.

Durch sein Wohlwollen und sein
humanes, seinem Personal gegen-
über stets hilfsbereites Wesen, hat
er sich bei uns ein dauerndes An-
denken erworben.

Wir werden ihm immer in dank-
barer Erinnerung behalten.

In aufrichtiger Trauer

Das Personal
der Firma Gotthard Voelkel.

Heute entschlief plötzlich und
unerwartet der Profurist unseres
Hauses,

Herr Betriebsdirektor

Fritz Preuß

im Alter von 33 Jahren.

Ein Muster an Pflichttreue, holte
er sich den Todesstoß in Erfüllung
seines aufreibenden Dienstes.

Ein Vorbild uns allen, ein
lieber Kamerad, ein vorzüglicher
Vorgesetzter ist uns in ihm ent-
rissen. Sein Andenken wird in uns
stets lebendig sein.

Breslau, den 10. Oktober 1922.

Weißenhof,

Vorsitzender des Aufsichtsrates.

Greter,

Direktor und Geschäftsführer.

Die Angehörigen der Direktion
und der Verwaltungen
der Kraftwerks-Gesellschaft m. b. H.
Schlesien.

Nach kurzem Leiden verschied am
9. d. M., morgens 4 1/2 Uhr, treu
seinem Glauben, aus rastloser Tätig-
keit heraus, mein herzenguter Vater,
unser treuherziger Vater, Bruder,
Onkel, Schwager, Schwiegersohn und
Großvater, der

Kaufmann

Eugen Luda

im 61. Lebensjahre.

Breslau, den 10. Oktober 1922.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung: Donnerstag nachm.
2 1/2 Uhr von der Leichenhalle des
Ostkirchhofes.
Requiem: Freitag 7 Uhr vorm.
in der Michaelskirche.

Am 9. Oktober starb zu Gotha
im 76. Lebensjahre unsere allverehrte,
unerlässliche Mutter, Schwieger-
Groß- und Urgroßmutter

Frau Helene von Albert
geb. von Thun,
die Seniorin der Familie. Ihr Leben
war aufopfernde Liebe bis zum
letzten Pulschlage.

Haus von Albert, Oberst-
leutnant a. D., Gotha.

Alice Altmann, geb. von Albert,
Klein-Lübbers.

Anna von Albert,
geb. Freiin von Rüdigerhofen,
Gotha.

Johannes Altmann, Ritterguts-
besitzer, Klein-Lübbers.

11 Enkel und 6 Urenkel.

Beerdigung: Donnerstag, den
12. Oktober, 3 Uhr nachmittags in
Gotha, Friedhof 5.

Statt jeder besonderen Anzeige.

Sanft und friedlich entschlief
gestern abend 11 Uhr nach lang-
jährigem, in stiller Geduld und edler
Seelengröße getragenen Leiden
meine geliebte Frau, die treusorgende
Mutter meiner vier Kinder, unsere
liebe Tochter und Schwester

Helene Bayer, geb. Simon

im 41. Lebensjahre.

Fauer, Breslau, 9. Oktober 1922.

Im Namen der Hinterbliebenen:

Hans Bayer, Reichsanwalt.

Agnes Simon, verm. Geheime

Justizrat.

Heinrich Simon.

Agnes Simon.

Beerdigung am Donnerstag, den
12. Oktober, nachm. 3 Uhr von der
Leichenhalle der Friedenskirche in
Fauer aus.

Statt besonderer Anzeige!

Am 9. Oktober entschlief sanft nach langem, schwerem,
mit unendlicher Tapferkeit getragenen Leiden unsere ge-
liebte Schwester, Tante und Nichte,

Fräulein Gertrud Schreiber,

im Alter von 52 Jahren.

Wer sie gekannt hat, weiß, was wir mit ihr verlieren.

Breslau, Berlin, den 11. Oktober 1922.

Güntherstraße 13.

Namens der Hinterbliebenen:

Ministerialrat Dr. Arthur Schreiber.

Oberstaatsanwalt Eugen Schreiber.

Die Beerdigung findet Freitag, den 13. d. Mts., nach-
mittags 2 1/2 Uhr, von der Kapelle des Calvarienfriedhofes
(Ende Lobestraße) aus statt.

Statt Karten.

Für die vielen wohlthuenden Beweise herzlichster
Teilnahme, sowie die herrlichen Kranzspenden beim Ein-
gange unseres lieben Vaters und Schwiegervaters, des
Schlossverwalters a. D.

Gustav Knopp,

sprechen wir hierdurch unsern herzlichsten Dank aus.

Breslau, Oktober 1922.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Gardinen

Billigste Preise!!

Tüll-Gardinen, erprobte Qual., 50-75 cm br.

Meter 60, 110, 130 Mk.

Tüll-Gardinen, beste Qual., 110-140 cm br.

Meter 150, 180, 320 Mk.

Spannstoffe, beliebte Must., 130-155 cm br.

Meter 270, 330, 390 Mk.

Erbstüll, äußerst haltbar, 150-200 cm br.

Meter 240, 320, 420 Mk.

Punktmüll, Voile, Vorhangstoffe

in großer Auswahl zu billigsten Preisen

Künstler-Garnituren, 3teilig, sehr

apart 850, 1450, 1900 Mk.

Madras-Garnituren, herrliche Muster

in besten Qualitäten

Tüll-Bettdecken in wunderbar. Effekten

bis 6000 Mk.

Kaffeedecken, Tischdecken, Diwanddecken,

Reisedecken, Bettvorlag., Teppiche, Läuferstoffe

zu auffallend billigen Preisen

Benno Schenk

Breslau, Neumarkt 9.

Ostfilm, Aktiengesellschaft,

Breslau 5.

Anforderung

zur Zeichnung von jungen Ostfilm-Aktien in

Stücken von Mt. 1000 zum Kurse von 115 %.

Die Aktien nehmen an der Dividende für dieses Jahr

voll teil.

Zeichnungsfreien sind:

Bankhaus Robert Beil, Breslau, Albrechtstraße 54

und dessen Zweigniederlassungen in Oels, Ohlau und Strehlen,

Handels- und Gewerbebank ehem. Vorwärtsverein,

Breslau, Büttnerstraße.

Wir zahlen

immer noch für

Brillanten

Gold- Uhren, Perlen, Platin-, Silber-

Bruch u. Gegenstände, einzelne Zähne, Gebisse

die unüberbietbaren Preise.

Die Realität unserer Firma bürgt dafür, daß Sie das, was

Sie uns anbieten, auch genau nach Gewicht, Feingehalt und

Wert bezahlt bekommen.

Edelmetall-Haus Breslau-Mitte

Müller & Co. Ohlauer Straße 50 I.

Erstes Haus Schlesiens,

handelsgerichtlich eingetragene Firma.

Separate Empfangs- und Einkaufsräume.

Geöffnet von 8-6 Uhr.

Sofort bar Geld ohne jeden Steuerabzug.

Statt besonderer Anzeige.

Infolge schwerer Augenentzün-
dung entschlief am 8. d. M., mittags
2 Uhr sanft und schmerzlos unsere
innigstgeliebte Tochter, Schwester,
Schwägerin und Tante, die

Jungfrau

Ottillie Anke.

Breslau, Rattowitz usw.

Im Namen der tieftrauernden
Hinterbliebenen

Bernhard Anke.

Beerdigung: Mittwoch, 11. Okt.,
nachm. 8 Uhr von der Kapelle des
neuen Magdalenenfriedhofes.

Für die vielen Beweise überaus
heralicher Teilnahme beim Ein-
gange unserer teuren Entschlafenen
sagen wir auf diesem Wege unsern
herzlichsten Dank.

Breslau, den 10. Oktober 1922.

Familie Fischer und Gütling.

Für die zahlreichen Beweise der
Teilnahme an dem Hinscheiden
meines geliebten Mannes danke ich
Allen von ganzem Herzen.

Breslau, den 10. Oktober 1922.

Maria von Petersdorff,
geb. von Legat.

ERBBEGRÄBNISSE - MAUSOLEEN

ENTWURF UND AUSFÜHRUNG

WERKSTATT FÜR FRIEDHOFSKUNST

MATZIG, ARCHITEKT, D. W. B. SAGAN

Sie erleiden Verlust.

wenn Sie sich vor dem
Verkauf nicht an mich wenden!

PLATIN
JUWELN
UHREN, GOLD,
SILBERSCHMUCK

Bruch u. s. w. sowie Werte jeder Art
KAUF
und befehle zu höchsten Preisen

Sonnenfeld
Breslau
Ohlauerstr. 46 Eingang Neue Gasse

Kaufe Pfandscheine und zahle
den Wert zu!

Kaufe

jeden Posten

Eier, Geflügel

Wild Hasen, Fasanen,
Gänse, Puten, Hühner,
Enten, Tauben,

Gänsestopflebern

und erbitte gefl. Angebote

E. Kretschmer, Breslau 1

Karlstr. 44. - Fernruf Amt Ring 556.

Geflügel-, Wild- und Eier-Großhandlung.

Für Eier-Lieferungen an mich

stelle ich eig. Patentkisten zur Verfügung.

Kaufe

Gold-, Silber-, Platin Bruch

Zahngebisse, Brennstifte

Geräte, Schmucksach., ausländ.

Gold- und Silbermünzen

und zahle die bekannten Höchstpreise.

J. Jungmichel

Sadowastraße 8, 1. Etage.

Geöffnet von 8 bis 7 U. r.

! Bin nächster Tage in Breslau!

Kaufe Berber-Teppiche

jeder Art.

China-Japankunst,

besonders la. Sammlungen, Karikaturen, Gobelins

ganze Läger, kleine Posten, auch einzelne Stücke

Glossieren an D. Franzus, a. St.

Breslau, Residenz-Gel.

Brunnenbauten, Tiefbohrungen

Pumpenanlagen. Wasserleitungen führt billigst aus

Ernst Nasarek, Breslau 8,

Reibitzstraße 56.

Breslau 24. Herbsthefte.

wie: Fäßen- und Gestein-, Rohrsteife, Holzbraunsteinen, Zerk., Gels u. f. w. liefert prompt

Breslau 24. Herbsthefte.

Kernschneider: Ring 6247, 308, 6125, 6601.

Schleier Brennstoffmaschinen-Gesellschaft m. b.

3 bis 4 obm 1. Reihe

Großbretter

für Bodenbelag geeignet.

Zufuhr: alle unter 1 Zoll
a. b. Gefäß. b. 641 Stg. 18

Gehr. Spielzeug

für Kinder und Jugend
Leut. C. H. Pfeiffer, Breslau

Type 8/25 und 10/30 PS. sofort lieferbar.

**Reparaturen aller Art werden schnellstens,
sauber und sehr preiswert ausgeführt.**

Gutes Restaurant
mit 3-Zimm.-Wohng. zum
Eintausch mit 3-4-Zimm.
Wohng., auch Grundstück
1132, 44, 5, 3

**Glasfabrik
zu beteiligen.**
Auftr. u. T 205 d. Stg.

**große
Lagererräume**
ebben und vollständiger Ein-
rgehen.
Güterstr. 46. Ring 9341.

**Herren-
Chauffeur,**
25 J., evgl., deutsch, 6145
Aukerst sicherer Fahrer
sucht Stellung auf Gu
3 J. langw. Praxis. Ang
unt. T 222 (Hst. b. Sol. 4

Gesucht wird für ein
haus
ein R
mit guter Handschrift zur R
Bewerber, die zugleich W
graben sind, wollen Ad
Geschäftsstelle der Geleis

ein erfind. hiesiges Handels-
zum baldigen Antritt
ontorist
Führung eines Konti-Korrents
Maschinenreiber und Steno-
melben unter N 54 an bl
den Heilung.

Grünbergs in angenehme
gutbezahlte Dauerstellung
für Jofort gesucht. Suchst
unter T 211 St. b. Stg.
Verantwortlich für den
Richard Jofisch, für
den weiteren
Otto Herrmann
Druck von Wilsch.

Schneidern ermüdet.
Gehalt 1000 A mon.
Frau Hinderer, Bresla
Schweidnitzer Stadigr. 16.
n politischen Teil: I. B.
für den probinatellen und
inhalt der Zeitung:
n, beide in Breslau.
Hil. Korn in Breslau: